

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Stk Hamburg)
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 M (ohne Bestellgeld). :: Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgeber: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 75 M , für Versammlungsanzeigen 50 M die Zeile.

Der Kampf um den Lohn im Baugewerbe

In lohnpolitischer Hinsicht sehen wir nun vollkommen klar. Wir wissen, was die Unternehmer beabsichtigen und worauf es ihnen zunächst ankommt. Der Lohn, oder besser das Einkommen, der baugewerblichen Arbeiter soll in einem bisher nie gekannten Maße abgebaut werden. Sanebühene Lohnabbauanträge haben die baugewerblichen Scharfmacher unsern Kameraden bei den bezirklichen Verhandlungen unterbreitet. Die katastrophale Wirtschaftslage muß ausgenutzt werden! Das sind Grundsatz und Ziel der Unternehmerpolitik. Nach Meinung der Unternehmer sind an dem wirtschaftlichen Schlamassel nur die „hohen“ Bauarbeiterlöhne schuld. Würden sie wesentlich abgebaut — so argumentieren die Unternehmer —, so würde sehr bald ein starkes Aufblühen der Bauwirtschaft eintreten. Diese Argumentation ist zwar durchaus unzutreffend und an den Haaren herbeigezogen, aber schließlich kann man doch nicht die Argumente der übrigen Arbeitgeberverbände verwenden, die eine Lohnsenkung für notwendig halten aus Gründen der deutschen Wettbewerbs- und Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Das Baugewerbe ist keine Exportindustrie. Seine Produktion dient ausschließlich dem heimischen Bedarf. Weil dem so ist, kann man natürlich auch nicht die schönen Argumente, die man bei Lohnverhandlungen in allen Industrie- und Gewerbebezügen den Arbeitern vorträgt, anwenden. Doch die baugewerblichen Unternehmer finden schon den richtigen Dreh; das haben uns die bezirklichen Verhandlungen und die dabei gestellten Anträge nebst Begründung bewiesen. Bei ihnen ist alle wirtschaftspolitische Vernunft in die Binsen gegangen.

Was verlangen die Unternehmer in lohnpolitischer Hinsicht? Im „Zimmerer“ Nr. 11 haben wir die Unternehmerforderungen, die bei den bezirklichen Verhandlungen in allen Teilen des Verbandsgebietes vorgebracht wurden, veröffentlicht. Was die Unternehmer an Lohnabbau fordern, geht auf keine Ruhhaut. Ihre Lohnabbauanträge schwanken zwischen 25 % bis 37 %. Die Auswirkungen der Lohnabbauaktion sollen dadurch noch vergrößert werden, daß große Gebiete in andere Lohnklassen eingruppiert werden. Es soll für die meisten baugewerblichen Arbeiter eine doppelte Lohnsenkung in Frage kommen. Einmal auf dem Wege der allgemeinen Lohnsenkung, zum andern durch Umgruppierung in andere Lohnklassen und durch materielle Verschlechterungen im Reichstarif und in den bezirklichen Lohn- und Arbeitstarifen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Unternehmer die wirtschaftliche Anarchie im Baugewerbe wollen. Was wir in den letzten Wochen an Unternehmerforderungen unterbreitet bekamen, legt Zeugnis ab von einem — man verzeihe den Ausdruck — lohn- und tarifpolitischen Sadismus, der durch nichts mehr zu überbieten ist. Für die Folgen dieser brutalen und unmenschlichen Pläne lehnen die Gewerkschaften jede Verantwortung ab. Wir werden, darüber müssen die Unternehmer völlig im klaren sein, Unerträgliches bekämpfen, von welcher Seite es immer kommen mag. Unsere Kampfkraft ist ungebrochen und unsere Mitglieder sind gut diszipliniert. Wer die baugewerblichen Arbeiter zu Heloten herabwürdigen, wer ihre ohnehin ungenügenden Einkommen noch weiter schmälern, wer ihren Lebensstandard grenzenlos verschlechtern und die übrigen Arbeitsbedingungen unwürdig gestalten will, der wird bei ihnen ungeahnte Widerstandskraft auslösen. Die Bauarbeiter sind nicht jene Parias der Gesellschaft, die man zu Paaren treiben kann; sie sind vielmehr die Pioniere der Arbeiterbewegung, die kampferprobt auch der schwierigsten Situation gewachsen sind.

Es sind im Grunde genommen die gleichen Worte, die wir auch dieses Mal von den Unternehmern bei

den Lohnverhandlungen vernehmen. Immer wieder versuchen sie, den alten Schimmel, Lohnabbau, zu reiten. Auch in ihrer Denkschrift vom März 1930 haben die Unternehmer die Notlage des Baugewerbes mit den gleichen Worten geschildert, wie wir das immer von ihnen hören müssen: Das Gewerbe liegt danieder; die Löhne müssen abgebaut werden! In der bekannten Denkschrift des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes und des Reichsverbandes industrieller Bauunternehmungen vom März 1930 wird nachzuweisen versucht, daß der Lohnindex 1930 — 100 für gelernte Arbeiter im Jahre 1929 auf 190,6 gestiegen sei. Wir haben damals schon nachgewiesen, daß diese Steigerung errechnet ist auf der Grundlage des Stundenlohnes. Die Unternehmer haben in ihrer damaligen Denkschrift bewußt unterlassen, darauf hinzuweisen, daß der Index des Wochenverdienstes schon eine andere Steigerung ergibt, weil im Jahre 1913 im Baugewerbe durchschnittlich 60 Stunden wöchentlich, im Jahre 1929 hingegen im Höchstfalle 48 Stunden pro Woche gearbeitet wurden. In keinem einzigen Falle haben wir gehört, daß die Unternehmer das Jahreseinkommen der Bauarbeiter bei ihren Berechnungen zugrunde legten. Würde man das tun, so könnte man natürlich nicht eine Senkung der zu „hohen“ Bauarbeiterlöhne verlangen. Die Reichsanstalt für Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung hat im Jahre 1929 Erhebungen veranstaltet über die durchschnittliche Beschäftigungsdauer der baugewerblichen Arbeiter. Nach diesen Ermittlungen haben die baugewerblichen Arbeiter im Jahre 1929 im Durchschnitt nur 1876 Stunden gearbeitet. Man darf nicht verkennen, daß die Beschäftigungsmöglichkeit im Jahre 1930 erheblich schlechter geworden ist. Schon die Jahresdurchschnittsziffern der Erwerbslosigkeit in unserm Verband zeigen — das gleiche trifft für die übrigen baugewerblichen Arbeiterverbände zu — daß die Erwerbslosigkeit aller baugewerblichen Arbeiter im Jahre 1930 erheblich größer geworden ist. Die amtlichen Erhebungen der Reichsanstalt wurden durchgeführt in einem Jahre, in dem wir im Monatsdurchschnitt 31,7 %, der Baugewerksbund rund 29 % erwerbslose Mitglieder zu verzeichnen hatten. Im Jahresdurchschnitt des Jahres 1930 hat die Erwerbslosigkeit in unserm Verband 52,4 %, im Baugewerksbund 50 % betragen. Schon daraus ergibt sich, daß die von den baugewerblichen Arbeitern geleistete Jahresarbeitszeit erheblich geringer war. Sie dürfte für alle baugewerblichen Arbeiter kaum über 1000 Arbeitsstunden im Durchschnitt betragen haben. Die Erhebungen, die wir in unserm Verbandsgebiet veranstaltet haben, zeigen, daß rund 64,2 % aller Beteiligten rund 178 Tage ohne Arbeit waren. Wenn man auf dieser Grundlage das Jahreseinkommen eines Bauarbeiters errechnet, wird man zu dem Ergebnis kommen, daß das Einkommen nicht gesenkt werden darf, sondern daß es im Gegenteil einer Erhöhung bedarf. Die meisten baugewerblichen Arbeiter hatten im Jahre 1930 ein Gesamteinkommen, das unter dem Jahreseinkommen der letzten Vorkriegsjahre lag. Nach Lage der Dinge werden die Unternehmer jedoch die wirtschaftliche Einsicht nicht aufbringen und einer Erhöhung der Löhne zustimmen. Für sie ist Lohnabbau Trumpf!

Die Tatsache, daß die baugewerblichen Unternehmer auch im Krisenjahr 1930 gute Geschäfte gemacht haben, kann nicht geleugnet werden. Aus einer Bilanzstatistik, die wir im „Berliner Tageblatt“ vom 7. März finden, ergibt sich, daß die Rentabilität des bei den Aktiengesellschaften im Baugewerbe investierten Kapitals größer gewesen ist als bei den übrigen 2428 untersuchten Gesellschaften. Die Durchschnittsdividende hat

für das Bilanzjahr 1929/30 bei den vorerwähnten 2428 Gesellschaften 5,8 % des Aktienkapitals betragen, bei den Gesellschaften des Baugewerbes dagegen 6,4 %. Bei einem Aktienkapital von 162,8 Millionen Mark war es den Aktiengesellschaften des Baugewerbes möglich, 15,4 Millionen Mark abzuschreiben und rund 10,6 Millionen Mark als Dividende auszuschütten. Von den 115 Aktiengesellschaften des Baugewerbes, die bilanzpflichtig sind, konnten in der Bilanzstatistik des „Berliner Tageblattes“ nur 39 berücksichtigt werden. Der größte Teil der Aktiengesellschaften des Baugewerbes hat seine Bilanz so spät veröffentlicht, daß sie in der Statistik nicht veröffentlicht werden konnte. Es ist aber anzunehmen, daß bei ihnen eine gleiche Rentabilität zu verzeichnen ist wie in den vorerwähnten 39 Gesellschaften. In einem Gewerbe, das trotz der ungeheuren Krise im Jahre 1930 noch Dividenden verteilen konnte, die über der Durchschnittsrentabilität aller Aktiengesellschaften in Deutschland liegen, sieht es noch nicht so trostlos aus, wie das die Unternehmer immer hinstellen wollen. Die Löhne der Bauarbeiter sind wahrlich nicht schuld daran, wenn einige Baugesellschaften oder einige Duzend schlecht geleiteter Krauterbetriebe Pleite gemacht haben.

Der Kampf um den Lohn im Baugewerbe ist in ein entscheidendes Stadium getreten. In diesem Kampfe werden sich starke Kräfte messen. Wir verkennen keinen Augenblick, daß die Unternehmer von einer starken Stellung aus kämpfen. Hinter ihrem Rücken steht die Regierung mit der offiziellen Lohnabbaupolitik. Wir wissen, daß die öffentliche Meinung in Verkennung der wirklichen Einkommensverhältnisse der baugewerblichen Arbeiter, vielfach gegen die Bauarbeiter eingenommen ist. Mit einem großen Aufwand an Druckerschwärze und Lungenkraft haben die Unternehmer die breite Öffentlichkeit über die „hohen“ Bauarbeiterlöhne „aufgeklärt“ und so den Boden vorbereitet, den sie für die Durchführung ihrer Pläne glauben notwendig zu haben. Wir wissen auch, daß die furchtbarste aller bisher erlebten Wirtschaftskrisen uns im Vormarsch ungemein hemmt. Wie immer es sein mag: wir werden, gestützt auf unsere eigene Kraft, auch mit dieser schwierigen Lage fertig werden. Es ist noch nicht aller Tage Abend.

Zu dem Frontalangriff auf die Löhne im Baugewerbe

Die in Nr. 11 des „Zimmerer“ veröffentlichte Aeberricht über die Lohnabbauforderungen der Unternehmer war nicht vollständig. Sie umfaßte nur die bis 7. März abgehaltenen Verhandlungen. Wir tragen deshalb die fehlenden Gebiete, für die später verhandelt worden ist, nach. Auch in diesen Verhandlungen wurde den Anweisungen der Unternehmerzentrale gemäß gehandelt.

Am 9. März wurde in Braunschweig verhandelt. Die Unternehmer forderten Abbau des Stundenlohnes für Facharbeiter in der oberen Lohnklasse von 1,29 M auf 96 M .

Im Tarifgebiet Gießen soll der Lohn nach dem Antrage der Unternehmer um 36 M die Stunde abgebaut werden.

In Kassel wurde am 10. März verhandelt. 20 bis 27 M Lohnabbau die Stunde war die Forderung der Unternehmer. Daneben sollen in einzelnen Ortsklassen noch Orte verschoben werden mit der Wirkung eines weiteren Lohnabbaues.

Für das Gebiet Westfalen-Ost, Lippe, wurde am 11. März in Herford verhandelt. Der Antrag der Unternehmer lautete auf Lohnsenkung in der ersten Lohnklasse von 1,30 M auf 95 M und Abänderung der Lohnklasseneinteilung. Das bedeutet einen Lohnabbau von 27 %.

Am 11. März wurde für das Verbandsgebiet Nord (Hamburg, Schleswig-Holstein) verhandelt. Die Verhandlungen waren nur von kurzer Dauer. 23 % Lohn-

abbau, von 1,56 M auf 1,20 M die Stunde, Verletzung einer Reihe von Orten in niedrigere Lohnklassen, Teilung des Vertrages in Groß-Hamburg und Schleswig-Holstein, das waren die Forderungen der Unternehmer. Die Vertreter der Arbeiter erklärten die Forderungen für undiskutierbar. Nun soll das Tarifamt entscheiden.

Für Württemberg ist am 14. März in Stuttgart verhandelt worden. Die Unternehmer forderten einen Lohnabbau von 25 %, das sind 24 bis 33 % die Stunde. Im Einverständnis beider Parteien trat anschließend an diese Verhandlungen sofort das Tarifamt zusammen. Das Tarifamt konnte aber in Verhandlungen nicht eintreten, weil über seine Befugnis mit Unparteiischen Differenzen entstanden. Die Arbeiterverbände behaupteten, daß eine Einigung über den unparteiischen Vorsitzenden des Tarifamts nur unter der Bedingung erfolgt sei, daß die alten Beisitzer der Parteien aus dem früheren Tarifamt mitwirkten. Dieser Vereinbarung hatten die Unternehmer zuwidergehandelt. Daran scheiterten die Verhandlungen. Der Vorsitzende will sich um neue Verhandlungen bemühen.

Die Verhandlungen vor den bezirklichen Tarifämtern gehen bisher sehr langsam vorstatten. Die Ernennung von unparteiischen Vorsitzenden hat geraume Zeit in Anspruch genommen. Eine Einigung zwischen den Parteien hierüber ist nur in sechs Tarifgebieten möglich gewesen. Die Unternehmer legten Wert darauf, möglichst solche Vorsitzenden zu finden, von denen mit einiger Sicherheit angenommen werden konnte, daß sie ihren Wünschen auf Lohnabbau gerecht würden. Die Arbeiterverbände mußten solche Personen selbstverständlich ablehnen. Ihre Gegenvorschläge fanden Widerspruch bei den Unternehmern. So mußte die Ernennung der unparteiischen Vorsitzenden in allen übrigen Tarifgebieten durch den Reichsarbeitsminister erfolgen.

Das Tarifamt für das Rheinland hat am 13. März in Köln unter dem Vorsitz des Schlichters Dr. Joetten verhandelt. Eine Einigung unter den Parteien war nicht möglich; ebensowenig war eine Mehrheit für einen Schiedsspruch zu finden. Auch unter den drei Unparteiischen kam ein einstimmiger Vorschlag nicht zustande. Das Ergebnis der Verhandlungen, sofern man überhaupt von einem solchen sprechen will, war ein persönlicher Vorschlag des Schlichters, der von den Parteien zur Kenntnis genommen wurde.

Die Verhandlungen vor dem Tarifamt für Mitteldeutschland am 12. März in Frankfurt a. M., unter dem Vorsitz des Gewerbersats Schilling, endeten ergebnis-

los. Ein Schiedsspruch kam nicht zustande; ein einstimmiger Vorschlag der drei Unparteiischen auch nicht. Am 13. März wurde vor dem Tarifamt Kassel über das Tarifgebiet Kassel verhandelt. Auch hier wurde ein Spruch nicht gefällt.

Für Mecklenburg wurde am 14. März vor dem Tarifamt verhandelt. Ein Spruch wurde nicht gefällt. Ein persönlicher Vorschlag des unparteiischen Vorsitzenden, Regierungsrats Eincauer, Stettin, lautete auf 10 % Lohnabbau.

Vor dem Tarifamt in Breslau wurde am 13. März für die Tarifgebiete Breslau, Glog, Görlitz und Grünberg verhandelt. Über eine neue Lohnklasseneinteilung kam eine Vereinbarung zustande. Im übrigen endeten die Verhandlungen resultatlos.

Am 14. März wurde vor dem Tarifamt für das Tarifgebiet Brandenburg verhandelt. Hier fielen die Unparteiischen einen Schiedsspruch, der auf 10 % Lohnabbau lautete.

Für das Tarifgebiet Braunschweig wurde am 14. März vor dem Tarifamt verhandelt. Hier wurde mit den Stimmen der Arbeitgeber ein Schiedsspruch gefällt, wonach die Löhne in der Spitze um 15 %, in der untersten Lohnklasse um 9 % abgebaut werden sollen. Die Arbeitervertreter haben diesen Spruch sofort abgelehnt.

Das sind die uns bis jetzt vorliegenden Berichte. Von den meisten Bezirken fehlen sie noch. Warum in einigen Bezirken die Verhandlungen über den von den Vertragsparteien vereinbarten Termin hinausgeschoben worden sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Folge davon ist, daß den Parteien für ihre Stellungnahme nur eine kurze Frist verbleibt, was sicherlich weder im Interesse der einen noch der anderen Partei liegt. An den wenigen vorliegenden Sprüchen werden unsere Kameraden ersehen können, was dem Baugewerbe an Lohnabbau zugebracht wird. In keinem Gebiet hat man auf die unbedingt notwendige Verkürzung der Arbeitszeit Rücksicht genommen. Gegenüber diesem unerhörten dreifachen Vorstoß gegen die Löhne im Baugewerbe ist eine geschlossene Abwehr am Platze.

Soweit sich bis heute der Verlauf der bezirklichen Verhandlungen übersehen läßt, wird über fast alle Tarifgebiete vor der zentralen Schiedsstelle verhandelt werden müssen. Hoffentlich wird diese Stelle mehr Einsicht aufbringen, als es bisher die bezirklichen Tarifämter vermocht haben. Ein Lohnabbau, wie er in den wenigen vorliegenden Schiedssprüchen vorgesehen ist, ist weder gerechtfertigt noch für die baugewerblichen Arbeiter tragbar.

Für Verkürzung der Arbeitszeit - Gegen staatlichen Lohnbruch

Der Bundesausschuß des ADGB. hat in seiner 11. Sitzung, die am 10. März im Berliner Gewerkschaftshaus stattfand, zu einer Reihe von aktuellen gewerkschaftlichen Fragen Stellung genommen. Die Arbeitszeit- und die Lohnfrage standen im Mittelpunkt der Erörterungen. Die Stellungnahme des Bundesausschusses zu diesen wichtigen Gegenwartsfragen der Gewerkschaftspolitik fand ihren Niederschlag in zwei Entschlüsse. Beide Entschlüsse wurden vom Bundesausschuß einstimmig angenommen. Sie haben folgenden Wortlaut:

Zur Arbeitszeitfrage

„Der Bundesausschuß erhebt erneut die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit als einzigem sofort wirksamen Mittel, um dem Fortschreiten der Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun und die vorhandenen Arbeitslosen allmählich wieder in nützliche Beschäftigung zu bringen. Er verpflichtet alle Gewerkschaften und ihre Mitglieder, mit größerem Nachdruck als bisher für die Verwirklichung dieser Forderungen einzutreten.“

Der Bundesausschuß erinnert daran, daß er bereits im Oktober 1930 die gesetzliche Einführung der 40stündigen Arbeitswoche mit einem allgemeinen Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung gefordert hat. Diese Forderung hat zwar in der Öffentlichkeit volle Beachtung gefunden und ist auch in einer Reihe von Einzelbetrieben durch Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern praktisch durchgeführt worden. Die Reichsregierung aber hat bisher nicht zu erkennen gegeben, daß sie einen ernsthaften Schritt zur allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit zu tun gedenkt.

Indem der Bundesausschuß wiederholt auf die wirtschaftliche und seelische Not der Millionen Arbeitslosen verweist, lenkt er zugleich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf, daß die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht nur eine vorübergehende, sondern eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit erfordert, um die Arbeitsgelegenheit selbst bei besserer Konjunktur auf alle vorhandenen Arbeitskräfte gerecht zu verteilen.

Aus diesem Grunde erhebt der Bundesausschuß schärfsten Protest dagegen, daß bis in die jüngste Zeit von den staatlichen Schlichtungsstellen Schiedssprüche gefällt und zwangsweise durchgeführt wurden, die sogar eine Arbeitszeit über 48 Stunden auch für die Zukunft festgelegt haben.

Um so eindringlicher muß die Forderung an die Reichsregierung und an den Reichstag wiederholt werden, baldigst ein neues Arbeitszeitgesetz zu schaffen, das den Erfordernissen der Zeit entsprechend

die regelmäßige Arbeitswoche auf 5 Tage oder 40 Stunden beschränkt.“

Zur Lohnfrage

„Trotz aller Warnungen und Proteste der Gewerkschaften ist dem Drängen der Unternehmer entsprechend mit Hilfe des staatlichen Schlichtungszwanges die Lohnsenkung in ungezählten Fällen durchgeführt worden, mit allen schlimmen Folgen, die von den Gewerkschaften vorausgesagt wurden. Statt der in Aussicht gestellten Belebung der Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit gerade infolge der Kaufkraftvernichtung erheblich weiter gestiegen. Die Unsicherheit der Existenz der Massen und die ungeheure Not der Arbeitslosen sind bedrohliche Gefahren für die Wirtschaft, für Staat und Gesellschaft geworden.“

Die Forderung der Gewerkschaften nach der Erhaltung des Lohnniveaus liegt dagegen nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft. Löhne und Gehälter sowie die Summen aus der Gewerkschaften-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung fließen unmittelbar und restlos in den Konsum zurück und bilden durch ihren Umlauf einen beständigen Antrieb des wirtschaftlichen Lebens, namentlich aber die Grundlage der Existenz weiterer Kreise der Handel- und Gewerbetreibenden.

Der Bundesausschuß erhebt deshalb erneut seine warnende Stimme und fordert sowohl von der Reichsregierung, wie von allen öffentlichen Gewalten, den bisherigen Druck auf die Löhne sofort einzustellen und statt dessen fortan der Arbeiterschaft gegenüber dem rücksichtslosen Unternehmertum den Schutz zu gewähren, den andere weniger gefährdete Volksschichten für sich in Anspruch nehmen.“

Rund um die Krise

Die industrielle Warenerzeugung ist in Deutschland bis Januar 1931 auf 70,9 % gesunken. Der Beschäftigungsgrad der Industriearbeiterschaft sank in den Konjunkturgruppen auf 64,4 %. Die Ausnützung der industriellen Erzeugungsfähigkeit hat gar einen Rückgang auf 53,4 % zu verzeichnen. Die Umsätze liegen um ungefähr 18 bis 20 % unter denen des Vorjahres. Der Auslandsabsatz der deutschen Industrie ist in diesem Jahre scharf zurückgegangen. In den Kreditmärkten bestehen die Spannungen fort, die mit der politischen Entwicklung im September vorigen Jahres begonnen haben. Der Rückgang der Warenpreise setzt sich im allgemeinen fort. Nur die industriellen Grundstoffe hielten sich auf einer kaum gerechtfertigten Höhe. Dadurch verteuern sie sich im Verhältnis zum allgemeinen Preisstand. Ganz richtig bemerkt das Konjunkturinstitut in seinem Vierteljahreshesft hierzu: „Die Preispolitik der Grundstoffindustrien hat eine ähnliche Bedeutung wie die Diskontpolitik der Notenbanken. In beiden Fällen muß eine veränderte Preis-

stellung an diesen Zentralpunkten wegen der mannigfachen Beziehungen, in denen die Einzelwirtschaften — direkt oder indirekt — sowohl vom Preis des Kredits als auch von dem der Grundstoffe abhängen, weithin in die Wirtschaft ausstrahlen.“ Unberührt von derartigen volkswirtschaftlichen Erwägungen werden die Grundstoffpreise durch Kartellbildungen auf einer über das natürliche Maß hinausgehenden Höhe gehalten. So viel über die allgemeine Lage der Wirtschaft.

Auf dem Arbeitsmarkt sind Besserungserwartungen nur in einem geringen Maße vorhanden. Seit Ende September 1930 sind rund 1 880 000 Arbeitslose neu hinzugekommen. Davon stammen etwa eine Million aus den Saisonberufen (Landwirtschaft, Baugewerbe usw.) und die übrigen 880 000 aus den konjunkturabhängigen Wirtschaftszweigen. In der Metallindustrie wurden in den letzten 4 Monaten etwa 180 000, in der Holzindustrie 103 000 und in der Textilindustrie rund 100 000 Arbeiter entlassen. In der gleichen Zeit kamen 75 000 Angestellte zur Entlassung. Rund 5 Millionen Arbeitslose bedeuten bei einer Gesamtzahl von 21 Millionen Arbeitnehmern, daß zur Zeit jeder vierte Arbeitnehmer arbeitslos ist. Hierzu kommen 2 bis 2,5 Millionen Kurzarbeiter. Rund 2,6 Millionen werden von der Arbeitslosenversicherung unterstützt, 811 000 werden von der Krisenfürsorge erfasst, 850 000 fallen der Wohlfahrtspflege der Städte zur Last und 700 000 Arbeitslose erhalten überhaupt keine Unterstützung. Eine Erläuterung dieser Angaben ist überflüssig. Ueber die Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten urteilt das Konjunkturinstitut sehr pessimistisch. Wohl wird durch die natürliche Frühjahrsbelebung die Zahl der Arbeitslosen zurückgehen. Aber Voraussetzung für einen konjunkturellen Rückgang der Arbeitslosigkeit ist eine allgemeine Belebung der Produktion. Diese braucht aber nicht zu einer Verminderung der Arbeitslosigkeit zu führen. Vielmehr verfreicht erst ein gewisser Zeitraum, bis sich bei steigender Produktion eine Entlastung des Arbeitsmarktes bemerkbar macht. Ein erweitertes Produktionsprogramm kann vorerst von den vorhandenen Arbeitskräften bewältigt werden. Gleichzeitig schreiten die Betriebe zur Befestigung der Kurzarbeit. Erst wenn das richtige Verhältnis zwischen Produktionserfolg und Arbeitsaufwand erreicht wird, werden in der Regel neue Arbeitskräfte eingestellt. Weil dieser Zeitpunkt sich noch weit hinausziehen kann, kommt das Konjunkturinstitut zu der Ueberzeugung, daß unter günstigen Umständen frühestens in den Herbstmonaten oder gegen Ende des Jahres mit einer konjunkturellen Verminderung der Arbeitslosigkeit zu rechnen ist. Das sind sehr traurige Aussichten. Was sich inzwischen ereignet, kann für die deutsche Arbeiterklasse von folgenschwerer Bedeutung sein.

Unsere statistischen Feststellungen

vom 28. Februar 1931.

Am vorerwähnten Tage haben 911 Zahlstellen berichtet und einen Mitgliederbestand (Poliere, Hilfspoliere, Gesellen) von 93 866 nachgewiesen und außerdem 8298 Lehrlinge. Arbeitslos waren von den Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 75 850 oder 80,8 % und von den Lehrlingen 3591 oder 43,3 %. Krank waren von den Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 1855 oder 2 % und von den Lehrlingen 161 oder 0,4 %.

Wie groß die Arbeitslosigkeit im Bereich der einzelnen Landesarbeitsämter ist, zeigt nachfolgende Tabelle:

Landesarbeitsämter	Zahlstellen	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten			
		Mitglieder (ohne Lehrlinge)			
		gesamt	davon arbeitslos	gesamt	krank
1	2	3	4	5	6
1. Ostpreußen . . .	57	4 284	3 926	91,6	62
2. Schlesien	80	9 792	8 840	90,3	148
3. Brandenburg . .	119	9 905	7 630	77,0	234
4. Pommern	71	3 962	3 219	81,2	105
5. Nordmark	105	9 379	6 128	65,3	170
6. Niedersachsen . .	86	6 737	5 004	74,3	136
7. Westfalen	20	2 628	2 336	88,9	60
8. Rheinland	17	2 986	2 353	78,8	69
9. Hessen	29	3 806	3 155	82,9	100
10. Mitteldeutschl. .	142	12 343	10 046	81,4	243
11. Sachsen	60	17 741	14 715	82,9	265
12. Bayern	82	6 344	5 608	88,4	120
13. Südwestdeutschl.	41	3 389	2 636	77,8	131
Deutsches Reich . .	909	93 296	75 596	81,0	1843
14. Ausland	2	570	254	44,6	12
Insgesamt	911	93 866	75 850	80,8	1855

Der gesamte Mitgliederbestand beträgt, einschließlich der 24 Zahlstellen, die 929 Mitglieder und außerdem 75 Lehrlinge hatten und nicht berichteten, 935 Zahlstellen mit 94 795 Mitgliedern und außerdem 8373 Lehrlingen, insgesamt 103 168 Mitglieder.

Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 28. März.

Konjunkturstatistik.

Im vorigen Monat konnten wir mitteilen, daß die Konjunktur im Baugewerbe einen Tiefpunkt erreicht hat, der nicht so leicht überboten werden kann. Die Erhebungen im Monat Februar bringen den Beweis, daß trotzdem eine weitere Verschlechterung eingetreten ist. Ende Februar waren von 100 Zimmerern 80,8 arbeitslos und 2 krank, und nur 17,2 standen in Arbeit. Selbst bei den Lehrlingen war zu verzeichnen, daß von 100 nur 56,3 in Beschäftigung standen. Im Landesarbeitsamtsbezirk Ostpreußen waren von 100 Kameraden 91,6 ohne Arbeit, in der Nordmark mit der niedrigsten Arbeitslosenziffer immer noch 65,3. — Auch unsere Erhebungen über die Konjunktur haben ergeben, daß im Vergleich zu den früheren Monaten eine weitere Verschlechterung eingetreten ist.

An der Konjunkturstatistik waren im Monat Februar 354 Betriebe beteiligt, die 1964 Zimmerer beschäftigten. Das sind 377 Zimmerer weniger als im Monat Januar. Die Zahl der Firmen, die keine Zimmerer beschäftigen, beträgt 85, sie ist somit im Vergleich zum Vormonat unverändert geblieben. Von den 354 Betrieben, die berichteten, war nur in 3 Betrieben mit 134 Zimmerern der Beschäftigungsgrad als gut, in 15 Betrieben mit 226 Zimmerern als befriedigend und in 336 Betrieben mit 1604 Zimmerern als schlecht zu bezeichnen. Im Laufe des letzten Monats sind in 79 Betrieben 221 Zimmerer eingestellt und in 120 Betrieben 477 Zimmerer entlassen worden.

Die Konjunkturaussichten für die nächsten 14 Tage sind mit Ausnahme ganz weniger Firmen als schlecht beurteilt worden.

	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit						Be- wer- tungs- ziffer
	gut 2		befriedigend 3		schlecht 4		
Am Ende des Monats	Be- triebe	Be- schäf- tigte	Be- triebe	Be- schäf- tigte	Be- triebe	Be- schäf- tigte	
1930 Februar	3	102	30	605	268	1821	3,28
1931 Januar	2	74	17	480	334	1787	3,73
Februar	3	134	15	226	336	1604	3,75

Aus vorstehender Tabelle ergibt sich, daß die Konjunktur in starkem Absinken begriffen ist. Im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres ist eine wesentliche Verschlechterung eingetreten.

Teilweise war in der Tat ein großer Preisrückgang in Leipzig zu verzeichnen. Ob er ausgereicht hat, um das Geschäft wesentlich zu beleben, kann man nicht bestimmt behaupten.

Wie aber auch der Preisabbau erfolgt sein mag, er dürfte den Kaufkraftschwund durch Arbeitslosigkeit und Lohnsenkungen nicht ausgeglichen haben. Die Bedeutung der Leipziger Messe als Exportförderer darf nicht verkannt werden. In der Tat leistet das Leipziger Mesamt hierfür durch seine Werbetätigkeit außerordentlich viel. Die Tätigkeit der elf eigenen Geschäftsstellen und mehr als 200 ehrenamtlichen Vertretungen an den wichtigsten Plätzen von 85 Ländern aller Erdteile bedeutet für die deutsche Industrie ein Aktivum. Durch die unablässige Propaganda der Vertreter des Leipziger Mesamts werden deutsche Waren in allen Ländern bekannt gemacht. Deshalb verdient die Leipziger Messe jede mögliche Unterstützung. Es gibt keine bessere Gelegenheit, dem Auslande die Erzeugnisse der deutschen Fertigwarenindustrie in solcher Aufmachung zu zeigen wie alljährlich in Leipzig. Wir sind deshalb davon überzeugt, daß auch die diesjährige Messe sehr wesentlich zur Verstärkung der Ausfuhr deutscher Industriewaren beigetragen hat.

Bei allem Vorzug der Leipziger Messe bezüglich der Ausfuhrsteigerung darf der inländische Markt nicht vergessen werden. Der größte Teil der in Leipzig zur Schau gestellten Waren wird und muß im Inland verbraucht werden. Die Inlandspropaganda sollte deshalb energisch in Angriff genommen werden. Jedoch ist auf einen Erfolg derselben nur zu hoffen, wenn das Inland kaufkräftiger gemacht wird. Die Kaufkraft ist durch Lohn- und Gehaltsenkungen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verarmt, daß eine Absatzstörung von nie gekannter Schwere eingetreten ist. Das kaufende Publikum in Deutschland wartet auf die Preislenkung deutscher Industrieprodukte vorläufig noch vergebens. Wenn man auf der einen Seite für Lohn- und Gehaltsabbau eintritt, dann kann man auf der anderen Seite keine Geschäftsbelebung erwarten.

Es dürfte zu weit führen, über die Ergebnisse für die einzelnen Branchen zu berichten. Wir sind überzeugt davon, daß die diesjährige Frühjahrsmesse der Konjunktur einen Anstoß gegeben hat. Die Leipziger Messe hat gezeigt, welche unendliche Fülle von Waren die deutsche und ausländische Industrie hervorbringen vermag. Nunmehr mögen alle, die dazu in der Lage sind, beweisen, wie der Absatz dieser nützlichen und schönen Waren organisiert werden kann. Das beste Mittel ist hierfür die Hebung der Kaufkraft.

Nehmt Euch der Jugend an!

Tausende von jungen Menschenkindern verlassen um die Osterzeit die Schule. Der Jugendliche tritt somit den ersten Schritt ins Leben. Er steht vor Aufgaben, die seiner erwarten, er steht an der Pforte eines neuen, weiten Landes, des Berufes, des werktätigen Lebens. Den Eltern der Jugend drängt sich die Frage auf, wie werden unsere Schulentlassenen den Kampf ums Leben bestehen? Denn für die schulentlassene Jugend ist nun die goldene Zeit vorüber, die wir das glückliche Paradies der Jugend zu nennen gewohnt sind.

Die täglichen Erfahrungen bei der Jugend zeigen uns, wie das Leben als Kind, sowohl auch ihr jetziges Dasein, nachdem sie die Schule verlassen, ihre Jugendjahre so überaus arm an wirklichen Freuden der Jugend ist. Wie wenige können von einer sorglosen ungebundenen Jugendzeit sprechen. Nun plötzlich stehen die jungen Menschen am Ende der Schulzeit, plötzlich bricht für die arbeitende Jugend die Kindheit ab und beginnt das erste Dasein der Erwachsenen, denn nun müssen sie in den oft so rauen Lebenskampf hinein. In vielen Familien wird mit Schmerzen auf den Zeitpunkt gewartet, wo das Kind mitverdienen kann oder in den Beruf eintreten darf. Wie oft wird heute die bange Frage aufgeworfen, ist durch den Beruf oder die Tätigkeit, die der Schulentlassene erlernen soll, die richtige Auswahl getroffen worden, damit er später den Kampf ums Dasein bestehen kann. Bedenken wir, daß es heute schwieriger ist als je, das Gute zu finden. Noch ist die wirtschaftliche Lage ungeklärt, sie ist noch allen Schwankungen unterworfen. Was heute vorteilhaft erscheint, kann sich übers Jahr schon als aussichtslos erweisen, und der einzelne ist auf Gedeih und Verderb mit der Wirtschaft verbunden. Diese Erwägungen treffen nicht nur bei den schulentlassenen Jungen, sondern auch bei den Mädeln zu. Es kann in der Regel nicht mehr zu Hause bleiben und der Mutter helfen, sondern muß auch dem Broterwerb nachgehen und sich für einen Beruf entscheiden.

Doppelt schwer wird es da sein, wo die Mutter allein entscheiden soll, wo der Vater fehlt, der doch besser zu leiten versteht und die äußeren Verhältnisse des Lebens auch klarer durchschaut. Dazu kommt in diesem Jahre noch eine besondere Not. Es fehlt an Arbeitsmöglichkeiten, Hände und Hirne möchten schaffen, aber es mangelt an Gelegenheiten. Wie viele werden einen Beruf ergreifen, für den sie innerlich eigentlich gar nicht berufen sind, bloß um eine Stelle zu erhalten. Viele müssen trotzdem feiern, warten und weiter suchen. Es bildet sich dann eine bedenkliche Lücke zwischen Schul- und Lehrzeit, die in ihrer Ziel- und Tatenlosigkeit für die Charakterentwicklung nur von Nachteil ist. Besonders nach der Schulzeit bedroht den Jugendlichen noch eine besondere innere Entwicklungskrise. Das junge Menschenkind verläßt das eigentliche Kinderland, ohne schon ein Erwachsener, ein reifer Mensch zu sein. Es gärt in seiner Brust, es ringen alle Kräfte und Gefühle miteinander. Es ist viel Unordnung, viel Unsicherheit und Verwirrung in seiner Seele. Es kommen oft die bedenklichen Jahre, wo das Blut erwacht, die Leidenschaft auflebt. Oft fühlt sich das junge Menschenkind in dieser Zeit unverstanden, falsch beurteilt. Nicht selten grollt es sich selbst und andern. Das ist eine kritische Zeit für ihn, in der es mehr als je eines väterlichen und mütterlichen Führers bedürfte. Gerade in diesen Jahren muß es in der Regel aus dem schützenden Hause hinaus, kehrt im günstigen Falle abends wieder heim, ist

Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit der Zimmerer

Nach unsern monatlichen Stichtagerhebungen über die Arbeitslosigkeit und Krankheit der Verbandsmitglieder waren im Durchschnitt des Jahres 1930 52,04 % der Mitglieder arbeitslos infolge Arbeitsmangel, Witterungseinflüssen oder Materialmangel; 1,99 % waren infolge Krankheit erwerbsunfähig. Nur 45,97 % der Mitglieder standen dauernd in Arbeit. Schon diese Stichtagerhebungen zeigen ein trostloses Elendsbild von der Lebenshaltung der größeren Hälfte der Verbandsmitglieder als Auswirkung der Wirtschaftskrise im Baugewerbe. Der wirkliche Umfang und das Ausmaß der Erwerbslosigkeit kann indes durch diese Stichtagerhebungen nicht voll ermittelt werden. Zur Untersuchung des tatsächlichen Umfangs und der Dauer der Erwerbslosigkeit der Verbandsmitglieder wurden im Einverständnis mit den Gauleitern in 5 Gaubezirken persönliche Erhebungen über die Dauer der Beschäftigung, der Erwerbslosigkeit wegen Arbeitsmangel, Witterungseinflüssen oder Materialmangel und infolge Krankheit in den zwölf Monaten 1930 durch die einzelnen Mitglieder durchgeführt. Für diese Erhebungen wurden die Gaue Ostfriesland, Westfalen, Mecklenburg, Württemberg und Rheinland-Westfalen ausgewählt. Darunter sind Gaubezirke mit überwiegend Industriewirtschaft und solche mit wenig Industrie- und vorwiegend Landwirtschaft. Das Ergebnis dieser Erhebungen liegt vor. Die Gesamtmitgliedszahl in diesen 5 Gaue betrug im 3. Quartal 1930 38 711 oder etwa ein Drittel der Gesamtmitglieder des Verbandes. An den persönlichen Aufzeichnungen über ihre Beschäftigungsmöglichkeiten beteiligten sich 22 111 Verbandsmitglieder oder fast ein Fünftel der Gesamtmitgliedschaft. Das Ergebnis dieser Erhebungen bietet ein erschütterndes Bild. Nur 1249 Poliere, Gesellen und Lehrlinge oder 5,6 % der Beteiligten waren das ganze Jahr hindurch weder arbeitsunfähig krank, noch infolge Arbeitsmangel usw. erwerbslos. 20 111 Poliere, Gesellen und Lehrlinge oder 91 % der Beteiligten mußten wegen Arbeitsmangel zusammen 3 575 478 Arbeitstage oder durchschnittlich 178 Tage, fast 30 Wochen unfreiwillig feiern. Von diesen 20 111 Verbandsmitgliedern waren allein 12 915 oder 64,2 % länger als 140 Tage, bis zu 304 Tagen, durchschnittlich 233 Werttage gleich 39 Wochen wegen Arbeitsmangel erwerbslos. 33 Poliere und Hilfspoliere, 2087 Gesellen und 27 Lehrlinge, zusammen 2147 oder 10 % der Befragten fanden das ganze Jahr hindurch überhaupt keine Arbeit. Die Auswirkung der Wirtschaftskrise auf die einzelnen Mitgliedergruppen zeigt die nachfolgende Tabelle:

	Gesamtzahl der Beteiligten	1 waren in der arbeitslos noch krank	2 Arbeitslos	
			Mitglieder	Tage
Poliere und Hilfspoliere	1097	194 = 17,7 %	836 = 76,2 %	95 396 114 Tage = 19 Wch.
Gesellen	19393	719 = 3,7 %	18 119 = 93,4 %	3 367 831 186 Tage = 31 Wch.
Lehrlinge	1621	336 = 20,7 %	1 156 = 71,3 %	112 251 97 Tage = 16 Wch.
Gesamtmitglieder im 3. Quartal 1930	38 711	1 249 = 3,2 %	20 111 = 51,9 %	3 575 478 178 Tage = 30 Wch.

Wegen Witterungsverhältnisse, Arbeitsmangel usw. waren länger als 140, bis zu 304 Tagen arbeitslos:

Poliere	281	58 837 Tage
Gesellen	12 332	2 890 668 "
Lehrlinge	302	60 941 "

Zusammen . . . 12 915 3 010 446 Tage
Das sind 64,2 %, durchschnittlich 233 Tage = 39 Wochen.

Von den Sorgen der Erwerbslosigkeit blieb keine der Mitgliedergruppen verschont. Am härtesten wurden die Zimmerergesellen betroffen. Von den 19 393 an den Erhebungen beteiligten Gesellen waren nur 719 gleich 3,7 % weder arbeitslos noch erwerbsunfähig krank; 18 119 gleich 93,4 % dagegen waren durchschnittlich 186 Tage oder 31 Wochen erwerbslos infolge Arbeitsmangel usw. Auch die Poliere und Hilfspoliere wurden enorm hart betroffen. Von den 1097 Beteiligten waren nur 194 gleich 17,7 % das ganze Jahr hindurch ununterbrochen beschäftigt; 836 gleich 76,2 % dagegen mußten wegen Arbeitsmangel usw. durchschnittlich 114 Tage oder 19 Wochen feiern. Sogar die Lehrlinge, die durch drei- und teilweise vierjährigen Lehr-

vertrag an einen bestimmten Betrieb gebunden sind, wurden rücksichtslos auf die Straße gesetzt. Ganze 336 gleich 20,7 % von den 1621 an den Erhebungen beteiligten Lehrlinge blieben von der Erwerbslosigkeit verschont. Von 1156 oder 71,3 % der Lehrlinge waren durchschnittlich 97 Tage oder 16 Wochen aus Mangel an Arbeit erwerbslos. Die Lehrmeister sind vertraglich verpflichtet, die Lehrlinge in der in den Verträgen bestimmten Zeit zu brauchbaren Handwerksgehilfen auszubilden. Wie ernst die Unternehmer ihre vertraglichen Pflichten gegenüber den Lehrlingen nehmen, zeigt die hohe Zahl der langfristigen erwerbslosen Lehrlinge. Man muß sich fragen, welche Bedeutung die Lehrverträge überhaupt noch haben. Lehrlinge haben keinen Anspruch auf staatliche Arbeitslosenunterstützung. Sie sind daher allein auf die Unterstützung ihrer Eltern oder auf öffentliche Wohlfahrtsunterstützung angewiesen. Aber auch bei den übrigen erwerbslosen Mitgliedern ist die Notlage unermesslich. Allein 64 % der Erwerbslosen haben die Voraussetzungen für den Bezug der staatlichen Arbeitslosenunterstützung nicht erfüllt. Sie haben weder Anspruch auf diese noch auf die Verbandsunterstützung. Die Kameraden sind mit ihren Familien auf die kümmerliche öffentliche Wohlfahrtsunterstützung angewiesen. Die Wirtschaftslage im Baugewerbe bietet ihnen keine Aussicht auf baldige Besserung ihrer trostlosen Lage. Den wenigen noch in Arbeit stehenden Kameraden droht täglich das gleiche Schicksal. Die Folgen dieser hoffnungslosen Zukunft sind unübersehbar.

Aber auch der deutschen Volkswirtschaft erwachsen aus den Folgen dieser Krise unermessliche Verluste. Der durchschnittliche Tagelohn für Zimmerer betrug nach den Tariflöhnen im Jahre 1930 9,87 M. Der deutschen Volkswirtschaft gingen allein durch die Arbeitslosigkeit der 20 111 Zimmerer im Jahre 1930 35 Millionen Mark an Kaufkraft verloren. Diese Erhebungen umfassen aber nur etwa ein Viertel der Gesamtmitgliedschaft. Nach dem Ergebnis der Stichtagerhebungen betrug die durchschnittliche Erwerbslosigkeit der Verbandsmitglieder 1930 52,04 %. Sie bewegte sich in den einzelnen Arbeitsbezirken zwischen 36,1 % in der Nordmark und 61,8 % in Ostpreußen. Das Ergebnis der persönlichen Erhebungen in den 5 Gaubezirken kann demnach auf das gesamte Verbandsgebiet übertragen werden. Der deutschen Volkswirtschaft wären nach vorsichtiger Schätzung allein durch die Erwerbslosigkeit der Mitglieder im Zentralverband der Zimmerer Deutschlands im Jahre 1930 mehr als 150 Millionen Mark an Kaufkraft verloren gegangen.

Wir unterbreiten dieses erschütternde Bild über die Notlage der Zimmerer der Öffentlichkeit als ernste Mahnung zur Besinnung. Es ist allerhöchste Zeit für die politischen Machthaber in Deutschland, sich auch der Bauarbeiterschaft als Staatsbürger zu erinnern.

Die Leipziger Weltmesse als Konjunkturförderer

An den Verlauf und Erfolg der diesjährigen Frühjahrsmesse in Leipzig wurden keine übertriebenen Hoffnungen geknüpft. Von den unruhigen Perioden nach der Inflation abgesehen, dürfte keine Messe in einer so trüben Zeit stattgefunden haben, wie diesmal. Wenn die Kaufkraft der Konsumvölker derartig geschwächt ist, so hofft man nicht auf ein gutes Geschäft. Dennoch ist die Zahl der Ausstellerfirmen nur geringfügig zurückgegangen, auch das Geschäft kann für viele Aussteller als gut bezeichnet werden. Aus dem Reichsgebiet nahmen 7863 (im Vorjahr 8333) Ausstellerfirmen an der Messe teil. Aus dem Auslande waren 1154 (1207) Ausstellerfirmen erschienen. Außer Deutschland hatten 23 Länder Muster ihrer Waren in Leipzig ausgestellt. An der Spitze stand, das sollte man kaum für möglich halten, Japan mit 287, ihm folgte Österreich mit 219, die Tschechoslowakei mit 130, Dänemark mit 84, Italien mit 72, Polen mit 51, Frankreich mit 50, England mit 47, die Schweiz mit 45 usw. Ausstellerfirmen. Erstmals waren Norwegen und Finnland mit eigenen Kollektivmusterständen erschienen. Man bedenke, welche Tätigkeit dazu gehört, einen so riesenhaften Apparat in Bewegung zu setzen. Die starke Beteiligung des Auslandes als Aussteller beweist aber, daß auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1931 ein Konkurrenzkampf von noch nie dagewesenem Ausmaß entbrannt war. Es war ein harter Kampf um jeden einzelnen Kunden, der teilweise nur unter großem Preisdruck für die einzelne Firma gewonnen werden konnte. Jede Messe hat bisher eine gewisse Hoffnung in sich getragen. Diesmal war es der Glaube, daß infolge der Zurückhaltung des Handels, der Preislenkungsaktion usw. die Läger so geleert seien, daß es nur eines Anstoßes bedürfe um sie wieder aufzufüllen. Ob dieser Glaube sich im allgemeinen als richtig erwiesen hat, steht in diesem Augenblick noch keineswegs fest. Die Käufer waren diesmal nach Leipzig gekommen, um hier zu außerordentlich billigen Preisen einkaufen zu können. Die scharfe Wirtschaftskrise, die Preisabbauphysioche und viele andere Merkmale haben diesen Glauben genährt.

oftmals ganz unter fremden Menschen, die bei allem Wohlwollen am Ende doch nicht das sorgende Herz der Eltern haben.

Die freien Gewerkschaften haben in all den letzten Jahren Vorbildliches geleistet, indem sie ihren ganzen Einfluß geltend gemacht haben, daß die erwachsenen Arbeiter in der Fabrik sowie auf der Baustelle sich der neueingetretenen Jugendlichen annehmen. Es kann und darf dem erwachsenen Arbeiter nicht gleichgültig sein, was mit den Lehrlingen oder Jugendlichen vor sich geht. Überall machen die freien Gewerkschaften ihren Einfluß geltend, daß sich der erwachsene Arbeiter mit besonderer Pflege der Ausbildung des jungen Menschen annehmen soll, denn eine tüchtige berufliche und fachliche Ausbildung des Nachwuchses schafft dem Arbeitnehmer das Ansehen und die Stärke, die er im Leben braucht.

Diese fruchtbringende und segensreiche Arbeit der Gewerkschaften sehen wir nicht, wie all dasjenige nicht, was sich nicht durch Zahlen oder Tabellen ausdrückt. Im Stillen, aber mit um so mehr Kraft und Energie wird diese Arbeit geleistet und der Einfluß geltend gemacht, daß der Erwachsene viel Gutes stiften kann, wie er den persönlichen Umgang mit den Jugendlichen gestaltet. Es ist eine durchaus veraltete und unpädagogische Anschauung, daß aus dem Jungen nur dann etwas wird, wenn er genau so „hart angefaßt“ wird, wie früher die Alten. Denkt daran, als ihr einmal Lehrling wart. Da habt auch ihr mit Abneigung mit solchen älteren Kollegen zusammen gearbeitet, die sich hart und roh euch gegenüber benahmen.

In allen Gewerkschaften bestehen die sogenannten Jugendabteilungen, die einzig und allein die Aufgabe zu erfüllen haben, sich um das Wohl und Wehe der Jugend im Betrieb und auf der Baustelle zu kümmern. Von hier aus ergeben all die Anregungen und Ermahnungen an die Erwachsenen: Fordert nichts Ungewöhnliches von den Jugendlichen und bereitet ihnen nicht unnütze Schwierigkeiten. Urteilt gerecht und nicht pharisäerhaft über gelegentlich Ursachen, Dummheiten und dumme Jungenstreiche! Denkt daran, daß auch eure Jugendtage nicht in lauter Jugenddaten verfloßen sind; hat nicht der Dichter recht, wenn er mahnend ruft:

Schmähet, schmähet mir nicht die Jugend,
Wenn sie sich auch laut verkündet,
Ach, wie oft hat eure Jugend
An der Menschheit still gesündigt!

Vergeht nicht, daß alle die Jugendlichen, die die Schule zu Ostern verlassen werden, von der Gemeinschaft ihrer Schulkameraden und Lehrer Abschied nehmen. Da sucht der junge Mensch ein mitfühlend und verstehend Herz. Darum an alle, die es angeht, schickt eure Schulentlassenen in die Jugendabteilungen der freien Gewerkschaften, die sich von Jahr zu Jahr nunmehr das Vertrauen der Jugend erworben haben. Hier wird dem Jugendlichen das Gefühl geweckt, daß sich um alle Schaffenden als Band der Zusammengehörigkeit schlingt. Und wenn in dem jungen Menschen das Bewußtsein lebt und geweckt wird, daß alle, ob jung oder alt, gleichsam eine große Familie bilden, dann ist uns allen damit ein wichtiger Dienst erwiesen.

Dornheim.

Internationale Nachrichten

Tariferneuerung im Baugewerbe in Holland.

(B-I.) Sowohl die Unternehmervverbände wie auch der Alg. Nederl. Bouwarbeidersbond hatten den bisher für das Baugewerbe geltenden Landestarif auf Ende 1931 gekündigt. Die daraufhin einsetzenden Verhandlungen haben zu einer Verständigung der bisherigen Vertragsparteien geführt. Die Verhandlungen wurden durch die Weltwirtschaftskrise und die auch im Baugewerbe Hollands herrschende Arbeitslosigkeit (im Februar waren neben den 1500 wegen Frostwetters feiernden rund 3000 arbeitslose Bauarbeiter vorhanden) für die Bauarbeiter ungünstig beeinflusst. Trotzdem gelang es letzteren, eine kleine Verbesserung des Landestarifs durchzusetzen. Während Arbeitszeit und Löhne in der bisherigen Weise belassen wurden, gelang es unserm Bruderverband, eine Verlängerung der Feriendauer um zwei Tage durchzudrücken. Die neue Ferienordnung sieht vor: im Jahre 1931 wie bisher drei Tage, im Jahre 1932 vier Tage, im darauffolgenden Jahre fünf Tage zusammenhängender bezahlter Ferien. — In Anbetracht des in verschiedenen Ländern herrschenden Lohnabbauummels der Bauunternehmer darf man das Ergebnis der Verhandlungen im Baugewerbe Hollands als Zeichen gesunden Menschenverstandes begrüßen.

Der Alg. Nederl. Bouwarbeidersbond kann zudem von einem erfreulichen Zuwachs an Mitgliedern berichten. Im Jahre 1930 ist die Mitgliederzahl von 23 867 auf 26 624 gestiegen, wozu im Januar 1931 eine weitere Zunahme von 343 neuen Mitgliedern kommt. Das ist ein nachahmenswertes Beispiel der Pflichterfüllung.

Verbandsnachrichten

Bekanntmachungen des Zentralverbandes

Ausschluß von Mitgliedern

Wegen Vergehens gegen den § 7 Absatz 3 der Satzungen wurden in Leer in Ostfriesland Gerhard Seyer (Verbandsnummer 67 721) und Meinert Wijs (525 222), in Alfenstein Anton Binz (011 193) und in Alschaffenburg Georg Hasenstab (530 742) aus dem Verbande ausgeschlossen.

Der Zentralvorstand.

Entlassungsschutz ohne Betriebsvertretung ist undenkbar, deshalb wählt Bau- und Platzdelegierte!

Bekanntmachungen der Gauborstände

Gaukonferenz für Pommern

Am 1. März tagte in Stettin eine Gaukonferenz. Vertreten waren 68 Zahlstellen durch 68 Delegierte, der Gauvorstand und Kamerad Schumann als Vertreter des Zentralvorstandes. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Wirtschaftskrise und ihre Einwirkung auf den Verband; 2. Der Stand unseres Zentralverbandes im Gau und Wahl des Gauleiters. Kamerad Schumann schilderte Ursache und Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Diese Krise unterscheidet sich von Wirtschaftskrisen in der Vorkriegszeit nur durch ihre lange Dauer, ihren Umfang und in ihrer Einwirkung auf die Wirtschaftslage der Arbeiterschaft. Redner behandelte weiter die Auswirkungen der langen und harten Krise auf den Verband. Trotz des Rückganges der Verbandsverhältnisse um mehr als die Hälfte und wesentlicher Steigerung der Ausgaben für Unterhaltungen gebe der Stand des Verbandsvermögens keinen Anlaß zur Besorgnis. Auch organisatorisch habe der Verband die Krise bisher gut überstanden. Bei einer durchschnittlichen Erwerbslosigkeit der Verbandsmitglieder von 20 % 1928 und 31 % 1929 habe sich die Mitgliederzahl um 14 000 von 101 601 auf 115 332 erhöht. Auch die durchschnittliche Erwerbslosigkeit von 52 % im Jahre 1930 habe die Werbekraft des Verbandes nicht beeinträchtigt. Bis zum dritten Quartal seien noch 5123 neue Mitglieder gewonnen. Die Gesamtmitgliederzahl sei allerdings auf 105 207 herabgesunken. Das sei aber weniger auf die Arbeitslosigkeit, als auf die Zerlegungsbefreiungen der „Opposition“ zurückzuführen. Das Vertrauen der Mitglieder zum Verbande sei unerschütterlich. Im Bunde der freien Gewerkschaften stehe unser Verband finanziell wie organisatorisch immer noch mit an der Spitze. Redner schilderte dann den bisherigen Verlauf der Reichstagsverhandlungen und die schroffen Gegensätze in den Forderungen der Tarifparteien. Der reaktionäre Ansturm des geschlossenen auftretenden Unternehmertums im Bunde mit der Staatsmacht auf die Lebenshaltung der Zimmerer lasse sich nur erfolgreich abwehren, wenn der Bruderkampf in unsern eigenen Reihen restlos beseitigt und der geschlossenen Unternehmerfront eine ebenso geschlossene Einheitsfront der Verbandsmitglieder entgegengestellt werde. Dahin zu wirken sei für alle Verbandsfunktionäre das Gebot der Stunde. Anschließend referierte Kamerad Richard Burmeister über den Stand des Verbandes im Gau. Die Auswirkungen der Reichstagswahl vom 14. September vorigen Jahres auf den Geldmarkt des In- und Auslandes habe die Wirtschaftskrise noch wesentlich verschärft, die Arbeitslosigkeit im allgemeinen, besonders aber im Baugewerbe bedeutend erhöht. Das Baugewerbe in Pommern sei dabei mit am schwersten betroffen. Redner behandelte die organisatorischen Aufgaben im Gau. Von den durch eigene Erhebungen ermittelten 4900 Zimmerern gehörten 596 dem Verbande nicht an. Pflicht eines jeden Mitgliedes sei es, diese dem Verbande zuzuführen. Die Betriebsvertretung liege sehr im argen. Der Entlassungsschutz des Betriebsrätegesetzes falle fort, wenn eine Betriebsvertretung nicht bestehe. Ueber die Bedeutung der Betriebsvertretung müsse die Mitgliedschaft belehrt werden. Ebenso lasse die Jugendarbeit im Gau zu wünschen übrig. Nur in wenigen Zahlstellen beständen Jugendgruppen. Der Aufbau der Jugendgruppe müsse ganz besonders gefördert werden. Zum Schluß behandelte Redner die bevorstehenden bezirklichen Lohnverhandlungen, wobei alles darangesetzt werden müsse, die reaktionären Pläne der Unternehmer zu vereiteln. Die Debatte bewegte sich im Rahmen der Referate. In seinem Schlußwort ging Kamerad Schumann auf einzelne Punkte in der Debatte ein. Er ermahnte die Delegierten, auf die Mitglieder einzuwirken, damit sie selbst die mühsam erkämpften Tarifrechte erhalten und ganz besonders die innere Geschlossenheit des Verbandes stärken helfen. Zum Punkt Wahl eines Gauleiters erstattete die Wahlkommission Bericht. Gemeldet haben sich 19 Bewerber. Vorgeschlagen wurde, die Kameraden Burmeister, Freese, Greifswald, und Gadow, Pyritz, zur engeren Wahl zu stellen. Schumann wies auf die wichtigen Aufgaben und großen Anforderungen an die Gauleiter hin. Außerste Vorsicht und Ueberlegung seien notwendig, um die richtige Auswahl zu treffen. Von 68 abgegebenen Stimmen entfielen 65 auf den Kameraden Burmeister. Anschließend wurde noch eine Anregung über Zuziehung von je einem Vertreter der Zahlstellen in Vor- und Hinterpommern zu den Lohnverhandlungen erörtert.

Unsere Lohnbewegungen

Zur Lohnbewegung im Saargebiet

Bereits im Jahre 1929 wurden von unsern Kameraden Anträge gestellt, den bestehenden Tarifvertrag neu zu gestalten. Zu Verhandlungen ist es nicht gekommen, so daß nach Meinung unserer Kameraden der Tarifvertrag bis 31. März 1931 noch Geltung habe. Anfang Januar stellten die Unternehmer Anträge auf Lohnabbau. Am 28. Januar kam es zu Verhandlungen, wobei die Unternehmer forderten, zugleich auch die Löhne für Schreiner und Maler mitzuredern. Die Unternehmer wollten auf Ganze geben und erklärten, sie hätten im Arbeitgeberverband auch die Maler- und Schreinermeister organisiert und ließen auf keinen Fall zu, daß nur für einzelne Gruppen verhandelt wird. Sie würden alles ausperren, um so als geschlossene Organisation vorzugehen.

Die Verhandlungen scheiterten, da die Vertreter der Arbeiter sich weigerten, auch über Lohngruppen zu verhandeln, die am Tarifvertrag für das Baugewerbe nicht beteiligt sind.

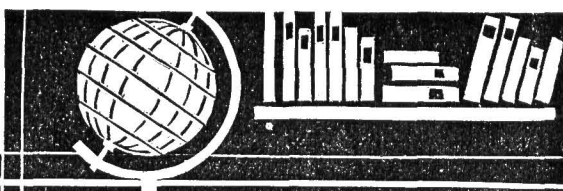
Jetzt hatte sich nun der Schlichtungsausschuß für Saarbrücken der Angelegenheit angenommen und setzte für den 10. März Verhandlungen an. Die Arbeiterorganisationen hatten durchgesetzt, daß nur für das Baugewerbe verhandelt wurde. Wenn die Unternehmer 12 % Lohnabbau forderten, so verlangten die Vertreter der Arbeiter 15 % Lohnhöhung. Nach reichlich fünfständiger Verhandlung kam es zu einem Spruch, daß mit Wirkung vom 14. März dieses Jahres die Tariflöhne im saarländischen Baugewerbe um 5 1/2 % zu ermäßigen seien. Erklärungsfrist bis zum 17. März. Die Unternehmer haben den Spruch abgelehnt. Die Arbeitervertreter empfehlen die Annahme. Was nun weiter geschieht, ob es zum Kampf kommt, steht noch nicht fest. Für verbindlich kann der Spruch nicht erklärt werden. Das saarländische Schlichtungswesen beruht noch auf die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes vom 5. Dezember 1916; es kann also wohl einen Spruch fällen, der aber keine Wirkung hat, wenn er von einer Partei abgelehnt wird. Es muß sich nun zeigen, ob die Unternehmer zu ihrem Wort stehen, wie Dr. Werle am 28. Januar 1931 auf die Frage eines Arbeitervertreters erklärte: Ohne Einigung mit den Parteien oder durch Schiedsspruch würden sie keine Lohnsenkung vornehmen. Sie würden nicht diktieren.

Berichte aus den Zahlstellen

Lübeck. Am 15. Februar tagte die Zahlstellenversammlung im Gewerkschaftshaus. Kamerad Paetau gab den Geschäfts- und Kassenbericht. Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Kamerad Paetau besprach dann die vom Gauvorstand beantragten Verbesserungen innerhalb eines neu abzuschließenden Reichstagsvertrages. Redner legte die Verhandlungstaktik der Unternehmer klar, die zeigte, daß die Unternehmer gar nicht ernstlich daran denken, einen Reichstagsvertrag abzuschließen. Die Verhandlungen hätten bewiesen, daß das Ziel neben wesentlichen Verschlechterungen in der Ferien- und Lehrlingsfrage auch ein Lohnabbau sei. Wenn die Unternehmer es wünschten, daß ohne Vertrag gearbeitet werden sollte, so wird man die Zimmerer Lübecks als einen festen Hort finden, an dem alle Unternehmerwillkür restlos zerfallen wird. Alle Zimmerer in dem Gesamtgebiet müssen jetzt ein wachsames Auge auf die Geschehnisse, die sich kundtun werden, legen, damit die Organisation in aller Geschlossenheit dastehe. Wir stehen im Kampf, und darum auf zu neuen Erfolgen. Die Zahlstellenversammlung verlief in bester Harmonie, einig das gesetzte Ziel zu vertreten und zu erkämpfen. — Jahresbericht. Das Jahr 1930, ein Jahr, wie es die deutsche Gewerkschaftsbewegung noch nicht erlebt hat, wirkte sich recht ungünstig aus. Die Lübecker Werften, die sonst den Ausgleich vollzogen, liegen seit Jahr und Tag still. Die weitere Zerschlagung innerhalb der Betriebe wirkte sich sehr zu unsern Ungunsten aus, und aus allem ergab sich eine recht schwierige Lage für unsere Kameraden. Im Gesamtgebiet waren 50 % aller Zimmerer als arbeitslos zu betrachten. Größere Bauten für städtische und Industriezweige wurden nicht aufgeführt. Trotz alledem wies unser Gemeinwirtschaftsunternehmen, die „Lübecker Baugesellschaft“, einen guten Beschäftigungsgrad auf, und eine größere Anzahl angestellter Kameraden wurde hier in Arbeit gebracht. Die Unternehmer stellen Leute nur ein auf Druck der Baubehörde. In den Bezirken, die den Landesteil Lübeck und Lauenburg zum Teil durchqueren, war die Bautätigkeit sehr schwach. In der Vernetztigkeit konnten wir, wo die Bautätigkeit gut war, Erfolge erzielen. In allen Bezirken ist der letzte unorganisierte Zimmerer restlos, vermittelt einer Ortskartothek, erfasst, und beim Aufleben der Bautätigkeit soll die weitere Werbearbeit planmäßig aufgenommen werden. Infolge der schlechten Bautätigkeit konnte die Polierfrage schwer weiter verfolgt werden. Größere Plätze sind zusammengekommen, und die Zahl der Poliere und Hilfspoliere ist stark zurückgetreten. Infolge der kleinen Baustellen wechselten auch die Baudelegierten in rascher Folge. Unser Lohnabkommen lief mit dem 31. März 1930 ab. Wir forderten 10 % Lohnhöhung, die Unternehmer Abbau der Löhne. Nach vergeblichen Verhandlungen schied das Haupttarifamt die Lohnhöhe. Dieser Lohn wurde am 1. Februar auf Grund des Spruches des Tarifamtes vom 20. Juni 1929 infolge Umverteilung in Lohnklasse Schleswig-Holstein I um 3 % erhöht und beträgt als Abschluß jetzt 144 M pro Stunde. In allen Versammlungen wurden Vorträge gehalten über aktuelle Fragen. In der letzten Zeit haben wir das Lichtbild in den Vordergrund gestellt und sichtbare Erfolge erreicht. Bei den Arbeitsgerichten konnten fast alle Klagen zugunsten der Kameraden erledigt werden. Auf Grund der tarifmäßigen Verbrüderung geht die Lehrlingshaltung unserm Wunsch entsprechend zurück. Die Lehrlingszahl betrug am Jahresabschluß 46, dagegen 1929 72 Jungkameraden. Zu Ostern 1931 wird eine weitere Senkung stattfinden. Trotz alledem war die Tätigkeit der Jugendabteilung sehr aktiv. In der Bauarbeiterkommission fanden mehrere Sitzungen statt. Außerdem wurde zu der Verbesserung der Bauordnung für den Freistaat Lübeck Stellung genommen und entsprechende Vorschläge der Behörde unterbreitet. Größere Bauunfälle hatten sich glücklicherweise nicht ereignet. Daß unter den wirtschaftlichen Verhältnissen des Jahres die Kassenverhältnisse nicht aufgebessert werden konnten, ist erklärlich. Die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse beliefen sich auf 38 847,24 M. Die Lokalkasse verfügte am Jahresabschluß über 4567,12 M. In der Gesamtbetrachtung kann festgestellt werden, daß die Organisation unerschütterlich steht, trotz wirtschaftlicher Notzeit.

(Fortsetzung der Berichte Seite 94.)

UNTERHALTUNG & WISSEN



Briefe aus Rußland!

Es ist sehr schwierig, einwandfreie Berichte über die Verhältnisse der Bauarbeiter in Rußland zu erhalten. Die Zensur wird dort genau so gehandhabt wie unter dem alten zaristischen System, vielleicht sogar noch schlimmer. Kürzlich gelangten wir in den Besitz eines Briefes, den ein in Rußland arbeitender Verbandskamerad an einen Bekannten geschrieben hat. Wir mußten, um den Brief zu veröffentlichen, Adresse, Namen und alles, was auf den Aufenthalt des Betreffenden Bezug hat, weglassen, aus Gründen, die wir nicht näher anzugeben brauchen. Aus dem Inhalt des Briefes geht hervor, daß es in dem proletarischen Paradies doch nicht so ist, wie die offizielle russische Presse es immer darzustellen versucht. Wir lassen den Brief folgen:

Habe heute Deinen Brief erhalten, dafür besten Dank. Wie ich daraus ersehe, willst Du auch nach Rußland, und ich will Dir einige Winke geben. Vor allen Dingen Wäsche und gute Kleidung mitnehmen; wo ich bin, waren im Sommer 52 Grad Hitze, jetzt haben wir 14 bis 18 Grad Kälte, sie soll bis zu 40 Grad steigen. Ich empfehle Dir einen Tropenanzug für den Sommer und dunkle Sporthemden. Steife Kragen nicht mitnehmen, weil es hier keine Stärkewäsche gibt. Für den Winter schwere, warme Wäsche, schwere Schuhe, möglichst viel, da hier nichts Gutes wie bei uns zu haben ist. Ferner Schreibpapier, Rasiermesser oder Apparate, möglichst mehrere und genügend Seife, eine Pelzmütze und eine Staub- und Schneibrille; Metermaße sind hier auch nicht zu haben. Auch ordentliche Zigaretten und Tabak mitnehmen. Ich empfehle Dir, die russische Sprache zu erlernen in Wort und Schrift. Ich gehe abends in die Schule russisch lernen. Auch ist gutes Werkzeug mitzunehmen, das russische ist sehr schlecht. Nun hätte ich gern gewußt, wo Du hingehen willst. Ich bin im . . . in Südrußland. Habe mich für die Dauer der Baustelle verpflichtet. Komme wahrscheinlich März 1931 zu Hause, ob ich nochmals hergehe, weiß ich heute noch nicht. Wir sind hier am . . . bau mit 18 Mann, 3 Ingenieuren, 8 Polieren, das andere Monteure. Wir haben nur die Kontrolle über die einzelnen Arbeiten. Ich und mein Kollege haben die Betonarbeiten in zwei Schichten zu überwachen, so wie in Deutschland die Bauführer. Wir wohnen in einem schönen massiven Bau mit den russischen Ingenieuren zusammen und haben eine Küche gemeinschaftlich. Bei uns ist das Essen sonst gut, bloß Bier fehlt. Ich arbeite fünf Tage, der sechste ist frei. Sonntag gibt es hier nicht, keine Wirtshäuser, nur ein schlechtes Kino. Dafür haben wir Radio. Während ich schreibe, haben wir von Deutschland, von Breslau, Konzert. Nun, solltest Du nach Rußland gehen, die Bezahlung für Deine Frau mindestens 300 in Deutschland zahlbar, hier in Rußland für Dich den Monat 200 Rubel. Sonst nichts annehmen. Es ist mein Vorschlag, sonst mußt Du es ja am besten wissen. Mache Dir keine Illusionen; denn bei uns ist es trotz alledem noch besser als hier, trotz Kommunismus. So, nun weißt Du etwas Bescheid, ich wünsche das Beste. Viele Grüße an Dich und Deine Frau sendet . . . (Unterschrift). Grüße Schwager P . . .

Bemerkenswert sind die letzten Sätze. Der Kamerad schreibt, daß sich niemand Illusionen machen soll; denn in Deutschland sei es trotz alledem besser als in Rußland. Kenner der russischen Verhältnisse wissen das zur Genüge. Nur die kommunistische Presse will nicht einsehen, daß es in einem Lande, das kulturell und in seiner industriellen Entwicklung ungefähr 100 Jahre zurückgeblieben ist, anders sein muß als im westlichen Teil Europas, wo die alten Industriestaaten jahrhundertlang die geistige und wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst haben. Niemand wird dem russischen Volk ob seiner geistigen und kulturellen Zurückgebliebenheit einen Vorwurf machen. Es verdient aber immer wieder betont zu werden, daß die Lage der arbeitenden Klasse in Rußland nicht zu vergleichen ist mit der Lage der Arbeiterschaft in West-Europa. Auch die Methoden, die der russische Kommunismus bei der Agitation anzuwenden pflegt, sind eben nur in Rußland möglich und nur bei einem Volk, wie es das russische darstellt, zur Durchführung zu bringen. Vielleicht sind wir auch ferner in der Lage, Originalberichte aus Rußland zu veröffentlichen.

Frühling in Toulon

Deutsche Zimmerleute in der Welt.

Der Mensch denkt — aber die Arbeit lenkt uns — die Arbeit hält uns auch fest —, jawohl hält die Arbeit uns fest — seit über zwei Monaten sitzen wir nun schon in Toulon — zwischen Genua und Marseille —, und wir wollten doch in Spanien Revolution machen. — Oho, wer seid ihr denn eigentlich? — Der Hannis und der Sinnak sind wir, fleißig-holsteinsche Zimmerläd, op Weltenerreise. Schaa — und jetzt sitzen wir in Toulon. Im Süden Frankreichs, in der Provinz Var, die ist von den Granitbergen durchzogen, von den Mohren Bergen, von den Monte des Maures, obendrauf wächst der Eichbusch, der stachelige, immer grüne südliche Eichbusch (eigentlich ist he swatt!).

Aud jetzt ist Frühling; wenn wir 'n Thermometer in die Hand nehmen, dann fängt die Thermometersäule an zu springen, sie tanzt, sie kocht: so heiß ist jetzt unser lustiges Zimmermannsblut. Frühling in Toulon.

Der Himmel ist ein einziger großer blühender Gliederbusch; 'n großer goldener Käfer summt und schwirrt am Himmel: die Si-Ea-Sonne! Das Meer vor uns ist ein riesiges Weizenfeld, es blüht über und über violett. Aud

die Stadt Toulon ist grau und weiß und bunt — sie schmaucht schwarz, am Kriegshafen, die Werften hämmern wie Trommelfeuer — und die Hochöfen in den Geschüßgießereien, die flammen grün und schwefelgelb, so richtig giftig. 10 000 Proleten arbeiten für den Seekrieg, Stahlplatte, Torpedo, Turbine. Sie tun das nicht gerne, die Proleten, aber was willst — sie müssen, von wegen der Magenmaschine — übrigens, die Arsenalproleten von Toulon sind alle glänzend organisiert, um den Leib tragen sie die zehn Meter lange rote Schärpe — und wer nicht im freien Verband ist, der kriegt gelegentlich beim Gläschen Absinth so aus Versehen seine Dresche. Die freie Organisation der Arbeit beherrscht das proletarische Toulon. So ist das richtig!

Toulon, wieviel Einwohner das hat? Jo, täll se mol. Allerhand: 120 000 Bewohner. Ein riesengroßer Kriegshafen. Ein kleiner Handelshafen. Womit handelt Toulon? Mit Wein, Getreide und Obst. Aud was produziert Toulon? Dies: Leder, Seife, Chemikalien und Rohwaren.

Keen Arbeit

Minsch, ick bin en Zimmermann,
De sin Arbeit düchtig kann.
Doch wat nützt mi dat all,
Wenn ick nich wet, wo ick wirken fall.

Dor is Holt in 'n Wald,
Dor is Steen in 'n Barg.
Ick meen keen Holt
För minen Sarg —

Nee, ick meen Holt
För 'n neen Boo,
Arbeit wär wull,
Immertoo:

Wenn de Wald un de Barg
Uns annern geheurt,
Denn weurn uns Taschen
Niemoß leer!

Denn weur dat heeten,
Nu nehm mol de Ar
An baut de Beum
Ganz fixir!

An dat weur denn noch heeten,
Nu brekt mol Steen;
Ober rechde rode
Wöt dat sin.

Murer und Zimmermann,
Arbeit stift,
An se hätt Smolt in 'n Putt,
To Hus, din Wif.

De Welt weur wull scheun,
Wenn dor Arbeit wär.
Ober ohne Arbeit
Is de Welt bloß Smeer!

Max Dortu.

Nun wollt ihr auch wissen, wiejo der Hannis und der Sinnak in Toulon hängen geblieben sind? Das ging sooo: Auf Wanderschaft, in der sozialistischen Arbeiterkammer wollten wir unser Verbandsgeld abholen, die internationale Unterstützung — der Kollege fragte uns, op französisch un mit de Fingers — Bullä vu travail? — Jo, natürlich, wui, wui, Minsch. — Biän, sägt he, un he schrif wat op 'n Lappen Papier — voalla: mänt he — un wir sind hingelaufen, op de Arbeitsadress — schaschascha: allens ging gut. Wir sind angenommen! Der Bos heißt Pipistrello, er ist 'n Napolitaner, er hat 'ne kleine Bootswerft — Minschenskind, wie häst jo noch good keen Schipps baut. — Fa niente, lacht Vater Pipistrello, das lert ihr schon, Hauptsache, daß ihr mit Art, Säge und Bohrer und Bolzen und Meißel und Schlägel Bescheid wißt — 'n düchdiger Landtimmermann, der kann auch immer 'n Schipptimmermann warn, to Not joo. — Also: 'ne kleine Werft, wir bauen Fischboote und kleine Handelstartanen; Tartan — dor sägt se in Hamborg 'n Ewer too — bloß dat 'ne Tartane man half so grot as 'n Ewer is. Wir arbeiten mit vierzig Mann; Papa Pipistrello arbeitet selber mit, er ist Pip und Altgeselle zugleich — he meißt den ganzen Dag sin Vop; he snackt of dütsch, he hätt mol in Westfalen mang de Kohlens arbeit — als Zechentimmermann —, das is aber all möhr als dreißig Jahrens her. Nu weet ji Bescheid. Natürlich gißt dat bi us nir anneres as rob organisiert sin — use Verbandsböcker leegt noch op de Arbeitskammer, dor klävt se de Markens in. — Enak doch hochdütsch, Sinnak. — Jo, wenn 't of swoor fällt.

Unsere Arbeitskollegen sind Italiener und Spanier, alle sind sie revolutionär, Emigranten, vor Mussolinis Henkern fortgeslogener — vor der spanischen Diktatur abgepfist; Revolutionäre, die drauf warten — ihren Sprung ins freie Italien und Spanien zurückzutun. Übers wann —?

Aud heute ist Sonntag. Papa Pipistrello geht mit uns aus, er will uns Toulon und Umgegend zeigen — er ist ein alter guter Kollege, Sozialist durch und durch. Toulon, im Löwengolf, am Mittelmeer. Toulon, die Grande Rade, die große Bucht — tief ins Land einschneidend. Cap Cépet, eine bergige Halbinsel, wie eine

schützende Hand vor Toulon. Drüben, über der Bai, da liegt die kleine Hafenstadt La Seyne-sur-Mer, 25 000 Einwohner, Schiffswerften, Rabelwerk, Olivenbau, Fische, Auster.

Toulon, ringsher von Bergen umgeben — Gärten, Zypressen, Lorbeer, Maulbeerbäume für die Seidenraupen, Weingärten, duftender Oleander, Zitronen, Orangen, Mandarinen, Feigen — und hohe Dattelpalmen; der Wind sitzt in der Krone und schaukelt sich — wie ein lustiges Nesselchen, der Wind quiekt und pfeift — heute weht der Mistral, der Nordwestwind, er schmettert, er bläst Fanfaren, zu Sonntag — der Himmel ist gläsern weiß, die Sonne ist blühendes Nickel, und die See ist grün, weiße Schaumrosen springen auf. Durch die Gartenmauern huschen die fußlangen smaragdnen Eidechsen — durch Spalt und Riß. Im Windsturz schaukelt der Orion, der liebe blaue Falter — um rote Rosen und gelbe Narzissen. Die Tulpen brennen wie kleine Zungen. Aud golden hängt die Mimose — so wie bei uns im Norden der blühende Goldregenbusch. Frühling — alle Mädchen tragen Kirschen zwischen den Perlen ihres Mäulchens.

Im botanischen Garten — du glaubst in Indien zu sein oder in Brasilien — Konzert, weiße Kinder, bunte Mütter — und all die verschiedene Palmen- und Blütenpracht, Orchideen und Lianen.

Toulon, ein riesiges Stadion: Frei Sport! Toulon, drei Museen, zwei Theater — heute abend schießt Tell, der schwyzzer Freischütz, der Willem.

Toulon, das schönköstliche Rathaus, Anno 1650, Barock. Toulon, die Kathedrale, Sainte-Marie-Majeure, 11. Jahrhundert, unheimliche Steintiere brüllen mit der Stimme des Sturmes Mistral, Steintiere: halb Greif, halb Löwe — aus rotem verwitterten Granit.

Aud nun sind wir mit Papa Pipistrello — oben am Mont Faron, an die 500 m über Toulon. Toulon, alle Berge von Forts gekrönt, Panzertürme, Langrohrgeschütze — drüben liegt das Fort Mulgrave, von dort aus eroberte der Konventshauptmann Napoleon das „königliche“ Toulon, Anno 1793; der Artilleriehauptmann vertrieb die Engländer aus Toulon — der Konvent der Republik ernannte den kleinen Hauptmann zum Artilleriegeneral, ihn, den Bonaparte, vor dem zehn Jahre später die Welt zitterte — aus Angst vor den Stürmern aller Bastillen. Napoleon, Paris, Konvent, Guillotine. Su, wie braust der Mistral!

Papa Pipistrello deutet weit in die Ferne: da unten im Süden liegt Malta, im Westen Gibraltar — die britische Kneifzange; Toulon sitzt in der Kneifzange Malta-Gibraltar — au! Ganz Frankreich ist ein Umboß, Paris ist das Schmiedefeuer — auf den Umboß schlägt der Hammer Großbritannien. Frankreichs Gefahr ist nicht Deutschland — sondern die Seemacht England ist Frankreichs Gefahr. Bis zu dem Tage, da die Arbeiter Europas den Besitzenden die Waffen entreißen — und wo an die Stelle der glatten Diplomaten. Arbeiterführer treten. Dann: Freiheit Europas, Friede, Freude — baut auf, Zimmerleute!

Fortschritte in der Krebsdiagnose

In einer die Krebsforschung betreffenden Denkschrift Regauds aus den Sitzungen der radiologischen Interkommission des Völkerbundes wird an erster Stelle gefordert, daß durch öffentliche Propaganda bei den Ärzten und dem Publikum auf die Frühdiagnose und Frühbehandlung des Krebses hinzuwirken sei.

Alle maßgebenden Autoren betonen immer wieder, daß trotz aller Fortschritte der Operationstechnik und der Radium- und Röntgenbehandlung die Frühdiagnose und damit die Frühbehandlung das wichtigste Kampfmittel gegen den Krebs ist.

Bedenkt man nun, daß in Deutschland 1927 69 000 Menschen an Krebs starben, und daß bei den Frauen der häufigste Krebs des Muttermundes ist (etwa 10 000), so ist es an der Zeit, auch das Publikum über eine Methode zu unterrichten, die es ermöglicht, diesen Muttermunderkrebs um Jahre früher als bisher zu entdecken und der Heilung zuzuführen.

Diese Methode ist die sogenannte „Kolooskopie“ nach Professor Hinselmann. Sie besteht darin, daß mit einem besonders gebauten Schapparat der Muttermund und alle übersehbaren Teile mit 10½facher oder noch stärkerer Vergrößerung abgesehen, gleichsam an der Lebenden mikroskopiert werden.

Jahrelange, genaueste Untersuchungen haben nun ergeben, daß mit dem Kolooskop bei genügender Übung nicht nur beginnende kleinste Krebse, sondern auch die, meist schon Jahre vorher sich ausbildende örtliche Krebsanlage in Form von besonderen Schleimhautveränderungen zu entdecken ist. Durch die relativ einfache Beseitigung derselben können die gefährdeten Frauen vor dem Muttermunderkrebs bewahrt werden, der sonst noch nach Jahren zum Ausbruch kommen kann.

Die Forderung nach einer Frühdiagnose wird also bei dem Krebs des Muttermundes durch den Hinselmannschen Apparat in denkbar weitestem Maße erfüllt.

Dieser große Fortschritt kann sich aber nur dann auswirken, wenn auch das Publikum mitarbeitet, und die Frauen den Wert einer vorbeugenden Untersuchung erkennen.

Eine solche Untersuchung wird nicht die Krebsangst steigern — das tut ganz allein die große Zahl der Krebstodesfälle —, sondern sie wird in 98 bis 99 Prozent den Frauen die Krebsangst nehmen und den Rest einer so frühen Heilung zuführen, wie es nach menschlichem Ermessen zur Zeit nur möglich ist.

Dr. Rogge.

Bad Harzburg. Am 7. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Nach Erstattung des Jahresberichtes durch den Vorsitzenden, Kamerad Böhling, hielt Kamerad Kühn, Braunschweig, einen instruktiven Vortrag über die Splittierungsversuche der Nazis und der RSD. innerhalb der Gewerkschaften. Der Referent behandelte eingehend die gesamte Entwicklungsgeschichte der Gewerkschaften und die verschiedenen aufgetretenen Strömungen innerhalb der Arbeiterchaft. Besonders ausführlich wurden die Nachkriegsverhältnisse besprochen und die Spaltungsbestrebungen in Berlin usw. innerhalb unseres Verbandes. Zum Schluß forderte der Redner auf, alle diese Spaltungsversuche in den Gewerkschaften zu unterlassen, denn nur durch eine einheitliche Organisation sind wir in der Lage, die geplanten Anstürme der Unternehmer erfolgreich abzuwehren. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Durch die Versuche der Unternehmer, auch hier eine Innungsfrankenkasse zu gründen, wurde auch vom Kameraden Kühn noch eingehend der ablehnende Standpunkt gegen das Innungsfassenwesen dargelegt und die Kameraden aufgefordert, unter keinen Umständen ihre Zustimmung zu erteilen. Mit einem Hinweis, daß alle Kameraden die Ausführungen des Kameraden Kühn beherzigen und danach handeln sollen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Magdeburg. Am 18. Februar fand eine Versammlung für den Bezirk Magdeburg statt. Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt war, gab der Vorsitzende, Kamerad Ziemann, bekannt, daß der Antrag der Zahlstellenversammlung, die Kameraden Rogge, Adolph, Noack und Walpurgis wegen Verstoßes gegen den § 7 Absatz 3 unserer Satzungen aus dem Zentralverband auszuschließen, vom Zentralvorstand genehmigt und bestätigt sei. Der Ausschluß ist sofort wirksam. Darauf erhielt Gauleiter Kamerad Schmidt das Wort zu einem Vortrag. Der Redner behandelte ausführlich die ungeheure Arbeitslosigkeit und die schwere Wirtschaftskrise, von der besonders die Arbeiterschaft betroffen ist. Die Profitgier des Unternehmers sowie die Technik machen den Menschen überflüssig. Während in Deutschland im Jahre 1927 800.000 Arbeitslose vorhanden waren, ist die Arbeitslosenziffer im Jahre 1930 auf 3,7 Millionen und zur Zeit auf 5 Millionen gestiegen. Das Bürgertum macht für all das Geschehene den Marxismus verantwortlich und verlangt vor allen Dingen Abbau der Löhne und Abbau der sozialen Versicherungen. Den schärfsten Widerstand müssen wir diesem Willen der Arbeiterfeinde entgegensetzen. Wie schon im Frühjahr 1930, so auch jetzt stellen die Bauunternehmer unverkürzte Forderungen auf Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit. Zu unsern Forderungen verhielten sich die Unternehmer ablehnend. Schwere Kämpfe stehen uns bevor. Jede Versplitterung muß vermieden werden, und die Geschlossenheit muß in unsern Reihen Platz greifen. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns und hat in unseren Reihen nichts zu suchen, so schloß Kamerad Schmidt seinen von der Versammlung aufmerksam verfolgten Vortrag. In der Diskussion brachte der Redner zum Ausdruck, daß bisher nur infolge der Festigkeit der Gewerkschaften der Lohn im Baugewerbe gehalten wurde. Bildung neuer Organisationen festigen nicht die Gewerkschaften, sondern führen zum Bruderkampf. In der Arbeiterbewegung ist mit Sympathisierenden nichts zu erreichen. Jeder einzelne ist verpflichtet, der Gewerkschaft und der Partei seine volle Kraft zur Verfügung zu stellen, indem er sich organisiert. In seinem Schlußwort kam Kamerad Schmidt auf die RSD, zu sprechen und betonte hierbei, daß diese ein Myster der Anorganisierten und Ausgeschlossenen ist. Im Punkt 3 gab Kamerad Rahmann Bericht von der Zahlstellenversammlung. In längeren Ausführungen schilderte er ihren gespanntsten Verlauf, und zwar hervorgerufen durch die Unregelmäßigkeiten von 1925, die durch die von mehreren Kameraden geführte Untersuchung ihren Abschluß fand. Unter Neuwahl des Vorstandes wurde bekanntgegeben, daß zum 1. Vorsitzenden Kamerad Ziemann, zum 2. Vorsitzenden Kamerad Meyer, zum 3. Kassierer Kamerad Beinroth und zum 1. Schriftführer Kamerad Tölke gewählt wurden. Zum provisorischen Geschäftsführer wurde Kamerad Röhler bestellt. Unter Verchiedenes wurde angeregt, daß die Kameraden auf den Arbeitsplätzen geschlossen hinter ihren Delegierten stehen müssen. Mit dem Appell an die Kameraden, in der kommenden Zeit auf der Hut zu sein und überall für den Verband einzutreten und zu werben, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

München. (Jahresbericht.) Für unser Zahlstellengebiet fand am 15. Februar die Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kamerad Reibberger, widmete vor Eintritt in die Tagesordnung den im Berichtsjahr verstorbenen 24 Kameraden einen ehrenden Nachruf. Das Andenken wurde von der Versammlung in der üblichen Weise geehrt. Sehr umfangreich war der Jahresbericht des Vorstandes, aus dem zu entnehmen war, daß die Wirtschaftslage im Berichtsjahr sich sehr ungünstig innerhalb des Zahlstellengebietes auswirkte. Die Arbeitslosigkeit hat ganz enorme Verhältnisse geschaffen. Der Mitgliederstand betrug am Jahreschluß 1806 Kameraden zuzüglich 39 Jungkameraden. In der Mitgliederzahl der Jugendabteilungen ist während des Berichtsjahres ein Rückgang von 43 % zu verzeichnen, der auf die verminderte Lehrlingshaltung zurückzuführen sei. Sehr umfangreich war die Tätigkeit des Vorstandes an Sitzungen und Versammlungen. Es fanden insgesamt 135 Zahlstellen- und Bezirksversammlungen statt. Ebenfalls wurden 303 Baustellen besucht zur Regelung von Differenzen. Am Arbeitsgericht war der Vorstand in 12 Verhandlungen vertreten, wodurch rund 1300 M für die Kameraden herausgeholt werden konnten. Anschließend berichtete der Jugendleiter eingehend über die Tätigkeit der Jugendabteilung. Es fand auch im Berichtsjahr eine rege Versammlungstätigkeit innerhalb der Jugendabteilung statt. Den Jahreskassenbericht erstattete Kamerad Eichinger. Der Bericht wurde den Kameraden gedruckt ausgehändigt. Die beantragte Entlastung des Kassierers durch die Revisoren wurde von den Kameraden ein-

stimmig erteilt. Die Wahl der ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder konnte ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden. Die bisherigen Funktionäre wurden mit wenigen Ausnahmen einstimmig wiedergewählt. Zum Schluß appellierte der Vorsitzende noch in längeren Ausführungen an die Kameraden, alles daran zu setzen, im Interesse des Verbandes zu wirken und zu arbeiten. Besonders wurde auch noch darauf hingewiesen, daß nur durch eine einheitlich geschlossene Organisation die Lohn- und Arbeitsbedingungen für Zimmerer günstig geregelt werden können. Alle Splittierungsversuche wirken sich nur zum Schaden der Organisation und der gesamten Arbeiterschaft aus. Hierauf wurde mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Reiße i. Schl. (Jahresbericht.) Unsere Generalversammlung fand am 20. Februar statt. Der Vorsitzende, Kamerad Müller, gab die umfangreiche Tagesordnung bekannt, und entwickelte in seinem Jahresbericht ein umfassendes Bild über die Tätigkeit im verfloffenen Jahre. Auffallend waren hier besonders die vielen Klagen, die geführt werden mußten und größtenteils zur Befriedigung der Kameraden verlaufen sind. Die Zahlstelle konnte in diesem Jahre ihr 25jähriges Stiftungsfest feiern, das am 1. Februar abgehalten wurde. Gauleiter, Kamerad Schmidt, hielt die Festansprache und überreichte dem Kameraden August Flaschel das Diplom für 25jährige Mitgliedschaft und Treue zum Verbanne. Der Kassierer erstattete den Jahreskassenbericht. Der Bestand der Lokalkasse habe sich im wesentlichen nicht viel geändert, das selbe trifft auch bei der Mitgliederbewegung zu. Rasse und Bücher wurden von den Revisoren in Ordnung befunden und die beantragte Entlastung wurde einstimmig erteilt. Begrüßt wurde besonders die vom Hauptvorstand bewilligte Weihnachtsunterstützung an die ausgesetzten Kameraden. Die Wahl des Vorstandes vollzog sich schnell, und brachte keine wesentlichen Veränderungen. Zu Kartelldelegierten wurden außer den 3 bisherigen noch 2 Kameraden hinzugewählt. Es wurde vom Vorsitzenden der Wunsch ausgesprochen, dem Versammlungsbuch von nun an mehr Rechnung zu tragen, denn nur dadurch wird es dem Vorstände möglich sein, enge Fühlung mit den Kameraden zu halten. Bekanntgemacht wurde, daß zu den Versammlungen die Mitgliedsbücher zum Absteampeln mitzubringen sind. Die Arbeitslosigkeit konnte durch den Staukastenbau Ottmachau in der Zahlstelle sehr gemildert werden. Der Vorsitzende wies noch auf die Bedeutung des Tarifablaufs hin, und nach Erledigung interner Zahlstellenangelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

Oppeln. (Jahresbericht.) Am 22. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung und Ehrung eines verstorbenen Kameraden gab der Kassierer den Quartalsbericht, anschließend den Geschäftsbericht des vergangenen Jahres. Es wurden insgesamt 33.665 Marken umgesetzt, davon 27.495 Freimarken. Die Lokaleinnahme betrug 5357,47 M, die Ausgabe 4376,45 M. Der Lokalkassenbestand betrug mithin am Jahreschluß nur noch 981,02 M. Der Mitgliederbestand der Zahlstelle ist gegenwärtig 628 Kameraden. Aus dem Bericht ist zu ersehen, daß das verfloffene Jahr ein sehr schlechtes war. Da die Rasse sich in bester Ordnung befand, wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Entlastung erteilt. Anschließend gab der Jugendleiter Gonska den Jugendbericht. Es ist im Jahr 1930 trotz der schweren Zeit für unsere Jugend erhebliche Jugendarbeit geleistet worden, wie berufliche Ausbildung durch Mobeltieren und auch durch Wanderungen sowie Vorträge. Anschließend gab der Vorsitzende Scheithauer den Jahresbericht. Es galt eine Menge Arbeiten im verfloffenen Jahre zu erledigen. Insgesamt haben 18 Zahlstellenversammlungen einschließlich der Lehrlingsversammlungen und 29 Bezirksversammlungen stattgefunden. Weiter waren 9 Vorstands-, 8 Ortsartell- und 2 Schlichtungs-sitzungen notwendig. Am Innungsschiedsgericht für Lehrlingsstreitigkeiten mußten 6 Sitzungen stattfinden; die gestellten Forderungen der eingeklagten Löhne betrugen 368,31 M. Auch an den Arbeitsgerichten war die Tätigkeit eine ziemlich umfangreiche. Hier wurden insgesamt 1459,42 M eingeklagt. Es muß anerkannt werden, daß seit dem Bestehen der Arbeitsgerichte eine weit schnellere Abwicklung erfolgt als bei den früheren Gewerbegerichten. Ebenso erfreulich ist es, daß in der ersten Instanz die Rechtsanwältin ausgeschaltet sind. Im Jahre 1930 mußten bezirkliche Lohnverhandlungen geführt werden. Die Unternehmerforderungen waren 17 bis 18 % Lohnabbau die Stunde. Durch die Geschlossenheit unserer Organisation und das energische Auftreten der Gewerkschaften vor den Schlichtungsinstanzen konnte der Lohnraub der Unternehmer abgewehrt werden. Anschließend wurde zum Ablauf des Reichstarifvertrages Stellung genommen. Es ist zu begrüßen, daß zum Abschluß eines neuen Vertrages die Forderungen von 1929 wieder geltend gemacht wurden. Zu den geplanten Verschlechterungen der Arbeitslosenziffern- und Wohlfahrtsunterstützung wurde ebenfalls Stellung genommen. Hier wurde den Kameraden über die nötige Beachtung des Gesetzes Aufklärung gegeben. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt. Der Vorstandschäft wurde für die unermüdete Arbeit, die sie im Interesse des Verbandes und aller Kameraden geleistet hat, der wärmste Dank ausgesprochen. Nach einigen Mitteilungen und mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband.

Sagan (Schlesien.) Am 1. März veranstaltete die Zahlstelle Sagan in Groß-Reichenau für das Jahr 1931 die erste Mitgliederversammlung, die in Anbetracht der Mitgliederzahl, die wir dort haben, gut besucht war. Im ersten Punkt der Tagesordnung hielt der Vorsitzende, Kamerad Babike, einen instruktiven Vortrag über die wirtschaftliche und politische Lage, wie sie entstanden ist und wie sie geändert werden kann. Im Anfang ging der Vortragende kurz auf die Verhältnisse vor dem Kriege und während des Krieges ein, um dann im weiteren die Zustände am Ende des Krieges bis nach der Inflationszeit zu schildern. Er führte dann weiter aus, wie durch eine übertriebene

Rationalisierung bei überhöhten Preisen und zu geringer Kaufkraft die breiten Massen am stärksten darunter zu leiden haben. Dazu kamen die politischen Wirrnisse und die Verschiebung des Kapitals ins Ausland, das sind die tiefsten Ursachen der trostlosen Wirtschaftslage in Deutschland. Zur Überwindung der Krise führte der Redner aus, daß nur starke Gewerkschaften unsere Forderungen auf verkürzte Arbeitszeit und einen Lohn, der uns in die Lage versetzt, die produzierten Waren kaufen zu können, vertreten und durchsetzen. Außerdem brauchen wir geordnete Staatsfinanzen und politische Parteien, die mit Geschick und Verstand die Verhältnisse meistern. Der Vortragende fand sehr großen Beifall, so daß nach einer Aufforderung des Vorsitzenden, alle Zimmerer müssen sich dem Verband anschließen, sofort einige Aufnahmen zu verzeichnen waren. Des weiteren gab der Vorsitzende einen Überblick über die Verhandlungen und deren Schwierigkeiten betreffs Abschluß des neuen Reichstarifvertrages. Unter „Verchiedenes“ wurde über die örtlichen Verhältnisse gesprochen, außerdem gab Kamerad Babike auf einige Anfragen betreffs Arbeitslosen- und Invalidenversicherung Auskunft. Den Kameraden in Groß-Reichenau wurde auch das Versprechen gegeben, in Zukunft wenigstens alle zwei Monate eine Versammlung abzuhalten. Darauf Schluß der Versammlung, und unter den besten Wünschen der dortigen Kameraden machten sich der Vorsitzende sowie der Kassierer, der als Schriftführer fungiert hat, wieder auf den Weg nach Sagan.

Stuttgart. Am 22. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der 4 im letzten Jahre verstorbenen Kameraden in üblicher Weise geehrt. Der Geschäftsbericht wurde von Kamerad Ahl erläutert: Wenn schon das Geschäftsjahr 1930 von einer beispiellosen Wirtschaftskrise eingeleitet wurde, so wurde es am Jahreschluß noch weit überboten durch eine Arbeitslosigkeit, wie sie die Gewerkschaftsgeschichte bis heute noch nicht gekannt hatte. Diese Krise konnte logischerweise nicht ohne Einfluß auf das gesamte Gewerkschaftsleben, besonders aber auf die Finanzlage unserer Zahlstelle bleiben. Gebaut wurden im Jahre 1930 in Stuttgart 3200 Wohneinheiten, die zum größten Teil von Stadtverwaltung und gemeinnützigen Baugenossenschaften erstellt wurden. Bei der Lohnbewegung 1930 konnte das Anstehen der Unternehmer auf 14 % Lohnabbau abgewehrt werden und der frühere Lohn auf ein Jahr verlängert werden. Reichliches Tätigkeitsfeld bietet das Arbeitsgericht, wobei nicht außer Acht gelassen werden darf, daß unser Tarifvertrag verschiedene Klauseln in sich birgt, die zum Nutzen der Kameraden mehr ausgenutzt werden müßten. Zur Erledigung der Geschäfte waren 3 Mitgliederversammlungen, 56 Bezirksversammlungen, 2 Anrassiererversammlungen, 6 Platzversammlungen, 16 Vorstands-sitzungen, 11 Kartellsitzungen und 2 Generalversammlungen erforderlich. Außerdem wurde in verschiedenen Bezirken Hausagitation betrieben, wobei die Zimmerer in anschließenden Versammlungen über unsere Ziele unterrichtet wurden. Am 13. Juli fand unser Stiftungsfest statt, bei dem 31 Kameraden ihre 25jährige Verbandszugehörigkeit feierten. Zum Kassenbericht ist zu sagen, daß es uns trotz größter Sparfamkeit nicht gelungen ist, ein Defizit in der Lokalkasse zu vermeiden. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Der Erlangung eines Gesellschaftsanteils am neuen Gewerkschaftshaus, in Höhe von 500 M, wurde zugestimmt. Es müssen von allen Kameraden, die in diesem Jahre bis zu 26 Wochen Beschäftigung haben, 2 Lokalmarken à 50 %, von den Kameraden, die über 26 Wochen beschäftigt sind, 4 Marken à 50 % geleistet werden. Der Beitrag ist je am Quartalschluß mit 50 % fällig. Einen kurzen Auszug aus dem Kartellbericht gab Kamerad Schrade. Trotz wirtschaftlicher Depression hat die Vertreterversammlung beschlossen, ein neues Gewerkschaftshaus zu bauen. Der Gauleiter, Kamerad Rempt, sprach über die Bedeutung der Reichs- und Bezirkstarifverträge, wobei er anschließend einen kurzen Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung darlegte. Das Verhalten der Süddeutschen Arbeiterzeitung wurde von ihm als verbandsschädigend gebrandmarkt. Darauf wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Außer einigen Kameraden, die eine Wiederwahl ablehnten, verblieb der alte Vorstand. Der neu gewählte erste Vorsitzende, Kamerad Traub, dankte allen Kameraden die ihm das Vertrauen ausgesprochen haben und ermunterte alle Funktionäre zur tatkräftigen Mitarbeit im laufenden Geschäftsjahre. Zum Schluß dankte Kamerad Rempt den auscheidenden Vorstandsmitgliedern für ihre bisherige Tätigkeit und empfiehlt den jüngeren Kameraden, mehr als bisher bei der Sache zu sein. Kamerad Ahl gab noch ein kurzes Bild über die Tätigkeit in diesem Jahre. Der Ausbau der Zahlstelle bietet reichliches Arbeitsfeld für den neu gewählten Vorstand; Agitation und Festigung der Außenbezirke ist unsere Hauptaufgabe. Aber nur mit der Unterstützung aller Funktionäre und Kameraden können wir dieses Ziel erreichen.

Sofiedt. (Jahresbericht.) Am 1. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende erstattete einen kurzen Rückblick über das verfloffene Jahr. Es wurden 8 Versammlungen abgehalten, die durchweg recht gut besucht waren. Im Laufe des Jahres waren verschiedene Streitigkeiten mit den Unternehmern auszutragen, die aber alle zuungunsten der Kameraden beigelegt werden konnten. Zu Weihnachten wurde jedem Kameraden eine Sonderunterstützung aus der Lokalkasse bewilligt. Die Mitgliederzahl betrug zu Beginn des Berichtsjahrs 44 Kameraden und 10 Lehrlinge, am Schluß jedoch 42 Kameraden und 5 Lehrlinge. Nach Erstattung des Kassenberichts wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab, daß sämtliche bisherigen Funktionäre wiedergewählt wurden. Anschließend hielt Kamerad Mack vom Zentralvorstand einen instruktiven Vortrag über Unterstützungs- und Rechtsfragen. Der Referent war in der Lage, uns über alle Zweifelsfälle erschöpfend Auskunft zu geben. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten erörtert wurden, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Wejermünde. (Jahresbericht.) In der am 1. Februar stattgefundenen Generalversammlung, wurde eingangs das Ableben des Kameraden Hustamp in der üblichen Weise geehrt. Als dann erhielt der Vorsitzende das Wort zum Geschäftsbericht. Er führte unter anderem aus: Die Bautätigkeit im Zahlstellengebiet ist gegenüber den früheren Jahren abermals enorm zurückgegangen. Einem großen Teil unserer Kameraden ist es im verfloffenen Jahre nicht möglich gewesen, überhaupt in Arbeit zu kommen. Im Monatsdurchschnitt waren 39 % unserer Mitglieder erwerbslos. An größeren Bauten ist die Norddeutsche zu erwähnen, wo zirka 120 Kameraden beschäftigt waren. An Hochbauten die Niederländische Heimstätte, der Baublock des Mietervereins sowie einige Privatbauten. Die Tätigkeit des Zahlstellenvorstandes erstreckte sich im Jahresanfang auf die Lohnbewegung. Während wir eine Lohnerhöhung um 10 % auf die bestehenden Löhne forderten, beantragten die Unternehmer einen Lohnabbau um 7 % für Facharbeiter und 5 % für Bauhilfsarbeiter. Unsererseits ist noch auf die Verkürzung der Arbeitszeit hingewiesen, die leider von den Scharmachern des Baugewerbes unter Hinweis auf den RNV abgelehnt wurde. Die bezirkslichen Verhandlungen zeigten kein Ergebnis und wurde das Tarifamt angerufen. Das Tarifamt lehnte beide Anträge ab und wurde mit der Stimme des Vorsitzenden folgender Schiedsspruch verkündet: Die bestehenden Löhne werden bis zum 31. März 1931 weitergezahlt. Dieser Spruch wurde von beiden Parteien abgelehnt und mußte demzufolge das Haupttarifamt endgültig entscheiden, das auch den Schiedsspruch des Tarifamtes bestätigte. Die Werberarbeit ist im verfloffenen Jahre trotz der großen Arbeitslosigkeit gut vorangekommen, ist es doch möglich gewesen, 41 Kameraden dem Verbanne zuzuführen; aber vieles ist noch zu leisten, um den letzten Zimmerer der Organisation zuzuführen. Leider bestehen die Kameraden auf dem zuzuführen. An Klagen vor dem Arbeitsgericht hatten wir 11 zu führen, davon mit Erfolg 8, eine Klage schwebt noch, ohne Erfolg sind 2 zu verzeichnen. Vor dem Landesarbeitsgericht mußten 2 Klagen anhängig gemacht werden, davon endete eine mit Vergleich und eine war erfolglos. Rechtschutz vom Hauptvorstand hatten wir in 2 Fällen. Vor dem Tarifamt wurde 1 Fall, vor der Schlichtungskommission 17 und vor dem Spruchauschuß 5 Fälle behandelt. Alles in allem kann man wohl behaupten, daß ein arbeitsreiches Jahr in Bezug auf Klagen und Differenzen hinter uns liegt. Auch ein Zeichen der Zeit. Im Berichtsjahre fanden 12 Versammlungen, davon 3 mit Vorträgen auswärtiger Referenten, Vorstandssitzungen 19, außerdem eine gemeinschaftliche Vorstandssitzung mit Bremerörde, Nordenham und Brake, statt. Die Werbearbeit in den genannten Zahlstellen wurde dabei eingehend beraten. An Festlichkeiten haben die Jubiläumsfeier und ein Herbstvergügen stattgefunden. Das Lokalvermögen der Zahlstelle ist etwas zurückgegangen, verursacht einmal durch die große Arbeitslosigkeit, zum andern durch die Sterbeunterstützungskasse und die Sonderunterstützungen an unsere arbeitslosen Kameraden. Der Mitgliederbestand ist trotz der erfolgten Neuaufnahmen um 3 Kameraden gesunken. Ein Teil unserer Kameraden hat es vorgezogen abzureisen um anderorts in Arbeit zu treten. Gestorben sind 7 Kameraden. Anschließend gab der Jugendleiter, Kamerad Ziegler, den Jugendbericht. Auch in der Jugendabteilung sind Erfolge zu verzeichnen. Die Zahl unserer Jungkameraden hat sich von 16 im Anfang des Jahres auf 28 erhöht. Eine Reihe Modellier- und Vortragsabende wurden im Berichtsjahre abgehalten. Außerdem werden in nächster Zeit auch noch Musikabende eingelegt werden. An den Kameraden liegt es, die Jungkameraden anzuhaken, damit diese Veranstaltungen auch rege besucht werden. Wir werden keine Kosten scheuen, denn wer die Jugend hat, hat auch die Zukunft. Hierauf gab Kamerad Meyer den Rassenbericht. Eine Aussprache in beifriedigendem Sinne schloß sich an. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer sowie dem gesamten Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab einstimmige Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Im Namen des Vorstandes dankte der Vorsitzende der Versammlung für das Vertrauen und gelobte, dieses in jeder Beziehung würdigen zu wollen. Unter Verschiedenes wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt, worauf der Vorsitzende die von gutem gewerkschaftlichen Geist getragene Versammlung schloß.

Wolgast i. P. (Jahresbericht.) Die Generalversammlung für unser Zahlstellengebiet fand am 4. Januar statt. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Überblick über das Geschäftsjahr 1930 und wies besonders auf die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit unter unsern Kameraden hin. Die Versammlungstätigkeit war sehr rege. Es fanden insgesamt 13 Versammlungen statt, die einen guten Besuch aufwiesen. Auch aus dem Bericht des Kassierers war zu ersehen, daß durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise eine wesentliche Einnahmeverminderung gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen war. Die Wahl der Zahlstellenfunktionäre konnte ohne große Schwierigkeiten durchgeführt werden und die meisten Funktionäre wurden wiedergewählt. Anschließend hielt Gauleiter, Kamerad Burmeister, einen instruktiven Vortrag über die Lage im Baugewerbe und die Aussichten im Jahre 1931. Die Anwesenden haben die Ausführungen mit großer Spannung verfolgt, was auch in der Diskussion zum Ausdruck kam. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

Wuppertal-Barmen. Jahresbericht. Unsere Generalversammlung, die am 8. Februar im Gewerkschaftshause stattfand, konnte sich eines guten Besuches erfreuen. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht und einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Die Hoffnungen, die auf das Jahr 1930 gesetzt waren in Bezug auf die wirtschaftlichen Entwicklungen, haben sich nicht erfüllt, besonders blieb die Bautätigkeit weit hinter dem Vorjahre zurück. Das Jahr 1930 war auch für die Zahlstelle Wuppertal in wirtschaftlicher Hinsicht ein recht trauriges. Die Bautätigkeit und die damit verbundene Arbeitsmöglichkeit war sehr gering. Der größte Teil der Kameraden

war im Jahre 1930 arbeitslos. Die Höchstzahl der erwerbslosen Kameraden betrug im Monat Dezember 168. Die Weihnachtshilfe, die von der Zentrale zur Verfügung gestellt wurde, kam manchem Kameraden gut zu statten. Auch die Zahlstelle konnte auf Grund ihres guten Lokalfassenbestandes den erwerbslosen Kameraden eine lokale Beihilfe gewähren. Insgesamt wurden aus der Lokalkasse 2452 M. ausgezahlt. Die Tätigkeit des Vorstandes war eine sehr umfangreiche. Es haben stattgefunden: 12 Mitgliederversammlungen, 1 außerordentliche und 12 Vorstandssitzungen. Tätigkeiten anderer Art waren: 6 Platzversammlungen, 2 Geschäftsführerkonferenzen, 1 Poliersitzung und 4 Arbeitsausschußsitzungen. Ferner wurden unsere Interessen in den Krankenkassen und in der Arbeitslosenversicherung wahrgenommen. Im Berichtsjahr wurden vor dem Arbeitsgericht, dem Innungs-Schiedsgericht, der Schlichtungskommission und dem Versicherungsamt 9 Klagen geführt. Die Interessen der Kameraden wurden in 12 Terminen vertreten. Die Höhe der eingeklagten Summe betrug 206,04 M. Von dieser Summe wurden durch Vergleich 149,36 M. erzielt, durch Urteil 24,24 M. Ohne Erfolg wurde eine Klage durchgeführt. Der Mitgliederbestand in der Zahlstelle ist trotz der mißlichen Lage im Baugewerbe ein konstanter geblieben. Der Mitgliederbestand beträgt 192, davon 4 Lehrlinge. Die Freistellung eines Kameraden, die im Sommer erfolgte, sei leider ohne zählbaren Erfolg geblieben. Die Tätigkeit, die in der Umgebung einzelner Zahlstellen erfolgte, sei nicht gewürdigt worden. Anstatt dem Unternehmertum ein festes Bollwerk durch Zusammenschluß kleinerer Zahlstellen entgegenzusetzen, hatte man sich krampfhaft an dem Althergebrachten. Dieser konservative Gedanke sollte auch einmal bei den betreffenden Zahlstellen fallen gelassen werden. Da eine Verschmelzung der Zahlstellen Remscheid, Solingen und Velbert nicht zustande kam, mußte die Freistellung am 31. Dezember eingestellt werden. Das Organisationsverhältnis unserer Lehrlinge ist trotz des Rückganges in der Lehrlingshaltung gut geblieben. Der Bauarbeiter-Schuss hat an manchen Stellen versagt; hier ist der Organisation die Schuld nicht zuzuschreiben, sondern den Kameraden selbst. Mit den Platzdelegierten sieht es auch nicht besser aus. Wenn einige Kameraden den Posten als Delegierter müßtergültig geführt haben, so habe es auf verschiedenen Plätzen an Aktivität gefehlt. Der Grundsatz „Ohne Delegierte keinen Entlassungsschuss“ würde gar nicht genug beachtet. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse belaufen sich im 4. Quartal auf 2566,50 M. Ein Zufluß von 1000 M. ist darin enthalten. Die Lokalkasse verfügte am Schluß des Jahres über einen Bestand von 3740,59 M. An bezugsberechtigten erwerbslosen und kranken Kameraden wurden von Seiten der Hauptkasse 4380 M. gezahlt. Der Rassenbericht, der jedem Mitglied gedruckt vorliegt, erübrigt das Vorlesen einzelner Positionen. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Wahl des neuen Vorstandes ging glatt von statten. Mit einer kleinen Abweichung wird der alte Vorstand wiedergewählt. Nach Erstattung des Berichtes über die Kartellisierung und Erledigung örtlicher Verhältnisse schloß der Vorsitzende die Generalversammlung.

Gewerkschaftliches

11. Sitzung des Ausschusses des AOB.

Der Bundesausschuß des AOB. trat am 10. März im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner 11. Sitzung zusammen. Der Vorsitzende des AOB., Leipart, wies zu Beginn der Sitzung auf die nationalsozialistische Propaganda gegen die Konsumvereine hin, der die Gewerkschaften in ihrer Presse entschieden entgegenzutreten sollten. Der Vorstand ist der Meinung, daß an der Arbeitsruhe am 1. Mai festgehalten werden soll, und zwar wie früher überall dort, wo es ohne wirtschaftliche Schädigung möglich ist. Das Zentrum hat den Antrag gestellt, das Berufsausbildungsgesetz, das alle Instanzen durchlaufen hat, erneut einzubringen. Auch die Sozialdemokratische Partei wird ihrerseits, einem Wunsche der Gewerkschaften entsprechend, die Verabschiedung des Gesetzes anregen. Der AfZ-Bund hat angeregt, einen gemeinsamen Ausschuss zu bilden, der die sozialen Auswirkungen der Rationalisierung untersuchen soll. Der Bundesvorstand hat dieser Anregung zugestimmt. Außerdem hat der Bundesvorstand den Kollegen Furtwängler beauftragt, im Zusammenwirken mit den Ortsverwaltungen und Betriebsräten Betriebsbesichtigungen durchzuführen und Untersuchungen über die sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Wirkungen der Rationalisierung vorzunehmen. Die Feststellungen sollen sich zunächst auf Berliner Betriebe beschränken. Leipart erwähnte kurz das Verhältnis der Gewerkschaften zur Technischen Nothilfe. Der Bundesvorstand hält es gegenüber Anregungen von anderer Seite für richtig, an der bisherigen Stellungnahme der Gewerkschaften festzuhalten und den Beitritt von Mitgliedern zur Technischen Nothilfe nicht zu empfehlen. In dem Plan einer Konferenz der Sachbearbeiter der Verbände für Betriebsrätefragen wird festgehalten. — Seit Januar erscheint ein Nachrichtendienst über Tarif- und Lohnbewegungen. Leipart kam dann auf die Broschüre der Kommunistischen Partei „Der Arbeiterverrat der Gewerkschaftsbonzen“ zu sprechen, gegen deren Verbreitung bekanntlich eine einstweilige Verfügung erwirkt worden ist. Das Pamphlet selbst ist so bedeutungslos wie ähnliche Machwerke gleichen Ursprungs im letzten Jahrzehnt. Der Vorstand des AOB. hat davon abgesehen, die in diesem Jahre geplante Internationale Arbeiterinnenkonferenz abzuhalten. Die Tätigkeit des vom AOB. eingesetzten Vorkländer-Komitees (Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg) muß auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden.

Abschließend besprach Leipart die Vorbereitung für den Kongress in Frankfurt, die sich natürlich mit der Krise und den Wegen zu ihrer Überwindung befassen muß. Die Forderungen, die der Vorstand erheben wird, sollen wiederum in einem Sammelwerk, unter Unterstützung von Gewerkschaften, eingehend begründet werden. Das Hauptreferat des Kongresses soll durch diese umfassende

Begründung eine wissenschaftlich einwandfreie Grundlage erhalten.

In der Aussprache über den Vorstandsbericht wies Thiemi (Fabrikarbeiterverband) auf die großen finanziellen Schwierigkeiten mancher Zahlstellen hin. Die Ortsausschüsse müssen sich da, wo diese Schwierigkeiten bestehen, so weit einschränken, wie die Krise es erfordert. Schäfer (Metallarbeiterverband) vertrat die gleiche Auffassung. Besonders wandte er sich dagegen, daß in dieser Zeit die Ortsausschüsse Gelder für neue Einrichtungen in Anspruch nahmen. Leipart erwiderte, gewiß müßten die Ortsausschüsse sparen, aber andererseits müssen die Zahlstellen selbstverständlich die Beiträge für ihre Mitglieder zahlen. Die Einrichtungen der heutigen Ortsausschüsse, die im Interesse der Allgemeinheit liegen, die gemeinsame Einrichtungen sind, dürfen unter keinen Umständen aufgelöst werden. Bezüglich der Beiträge an die Ortsausschüsse muß gelten, daß die Gesamtinteressen mindestens ebenso wichtig sind wie die Verbandsinteressen. Es muß nach geltendem Gewerkschaftsrecht für alle Mitglieder gezahlt werden. Dann können unter Umständen in Notfällen die Beiträge herabgesetzt werden.

Der Bundesausschuß nahm die Anregungen, die der Vorsitzende in seinem Bericht gegeben hatte, einstimmig an. Leipart erstattete nunmehr Bericht über den Ausgang der Verhandlungen mit den Unternehmern, mit denen sich der Bundesausschuß auf seiner letzten Tagung beschäftigt hatte. Leipart wandte sich dann den Verhandlungen zu, die zu der gemeinsamen Erklärung der Spitzenorganisationen führte, die bei der Besprechung der Gewerkschaften mit Hindenburg, dem Reichspräsidenten, unterbreitet wurde. Der Reichskanzler Brüning, der bekanntlich an der Unterbreitung teilnahm, hat erklärt, daß er die Besprechungen mit den Gewerkschaften fortsetzen würde. Die Gewerkschaften haben zwar dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung erneut ihre Meinung gesagt, sich entschieden gegen den Lohnabbau gewendet und die Arbeitszeitverkürzung gefordert. Die Entschliessungen, die der Vorstand dem Ausschuss diesmal vorgelegt hat, bedeuten eine nachdrückliche Befräftigung der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit. Die Schwierigkeiten zur Durchführung der Arbeitszeitverkürzung sind nach Auffassung des Vorstandes keineswegs unüberwindlich. Die Oktoberentschliessung hatte die Arbeitszeitverkürzung nur als Notmaßnahme gefordert. Die neue Entschliessung geht darüber hinaus. Sie legt entschieden Gewicht darauf, daß eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht genommen werden müsse, wenn der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung wirksam Rechnung getragen werden solle.

Von allen Rednern, die an der Aussprache teilnahmen, wurde einmütig die Auffassung vertreten, daß die Gewerkschaften in der heutigen Situation nicht mit der erfolglicheren Kraft vorgehen können, die sie unter andern wirtschaftlichen Verhältnissen aufbringen könnten. Aber die Rücksichtslosigkeit, mit der die Unternehmer die gegenwärtige Notlage der Arbeiterschaft und die selbstverständlich verminderte Kampfkraft der Gewerkschaften ausnützen und das vorhandene Elend steigern, diese brutale Machtpolitik darf und soll ihnen nicht vergehen werden. Die Zeit wird kommen, in denen die Gewerkschaften ihren Gegnern beweisen werden, daß ihr Kampfeswille durch die jetzige Krise sich zwar nicht voll entfalten kann, daß er aber ungebrochen ist und zu gegebener Zeit die ganze Kraft der Organisationen einsetzen wird, um das verlorengegangene Gelände wiederzugewinnen. Leipart geht abschließend auf einige der in der Debatte berührten Punkte ein und erläutert die vorgeschlagenen Abänderungen zu den Resolutionen. In der heutigen Zeit ist die Arbeitszeitverkürzung das einzige sofort wirksame Mittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit. Beide Entschliessungen veröffentlichen wir an anderer Stelle im „Zimmerer“.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung wird die Frage der Beziehungen der Gewerkschaften in Memelland zu den deutschen Gewerkschaften erörtert. Leipart berichtet ferner, daß der Bundesvorstand die Veranstaltung eines Bauarbeiterschulkongresses vorschlägt. Die internationale Bauausstellung bietet einen erwünschten Anlaß zu dem Kongress. Der Zweck des Kongresses soll sein, die Öffentlichkeit nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Vereinheitlichung des Bauarbeiterschutzes hinzuweisen. Zur Beratung kommt dann die Frage des Verhältnisses einiger Verbände des AOB. die Angestellte zu ihren Mitgliedern zählen, zum AfZ-Bund. Leipart schloß die Sitzung mit einem Hinweis auf die wachsende Not der Massen und die Sorgen der Gewerkschaften. In der schwersten Zeit müssen sich alle tätigen Menschen in der Bewegung ihrer ernsten Pflichten und der Größe ihrer Aufgabe doppelt bewußt sein. Die Gewerkschaften haben trotz allem keinen Anlaß zur Mutlosigkeit. Ihre Pflicht ist, die Sorge der Massen auf sich zu nehmen und die Schatten der Mutlosigkeit auch aus den Reihen der von stärkstem wirtschaftlichen Druck gequälten Arbeiterschaft zu bannen.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege

Die Internationale Hygieneausstellung in Dresden 1931.

Am 2. Mai 1931 wird in Dresden zum drittenmal eine Internationale Hygieneausstellung eröffnet werden. Die neue Schau stellt sich als eine Wiederholung und Ergänzung der im Jahre 1930 veranstalteten Internationalen Hygieneausstellung dar. Mit den Kreisen der Wissenschaft, Technik und Industrie, die die Förderung menschlicher Gesundheit tatkräftig propagieren wollen, hat sich die Reichsregierung freudig hinter die dritte Internationale Hygieneausstellung gestellt. Es wäre bedauerlich gewesen, wenn der Nutzen, den die letzte Hygieneausstellung der Allgemeinheit gebracht hat, sich nicht hätte weiter auswirken können. Die vorjährige Hygieneausstellung mit ihrem überaus zahlreichen Besuch war ein voller Erfolg und zeigte das Interesse an der Veranstaltung in allen Teilen des Volkes und des Auslandes

mit Deutlichkeit. Der Gedanke, den Segen der Gesundheitspflege in die breitesten Schichten hineinzutragen, muß trotz aller bisherigen Erfolge immer wieder und immer stärker betont werden. Die neue Hygieneausstellung wird daher diese Propaganda noch stärker hervorheben als ihre Vorgängerin. Nach den von Kommerzienrat Lingner in der Organisation, der Materialanordnung, der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Industrie gewiesenen Wegen wird die Internationale Hygieneausstellung ein Niveau erreichen, das die Volksbelehrung mit Höchstleistungen der deutschen Industrie eindrucklich verbindet. Wissenschaft und Industrie werden räumlich nicht getrennt. Vielmehr ist jeder wissenschaftlichen Gruppe der jeweils entsprechende Industriezweig angegliedert. An neuen Abteilungen möchte ich die Gruppen „Hygienische Volksbelehrung in allen Ländern“ und „Technik im Dienste der Hygiene“ hervorheben. Der Dank der Reichsregierung an alle Männer, die sich dem Aufbau und der Förderung der Ausstellung zur Verfügung gestellt haben, ist aufrichtig und herzlich. Es ist der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden zu wünschen, daß sie auch in diesem Jahre einen großen Erfolg erzielen wird.

Arbeitsrechliches

Lehrlingsklagen und Schlichtungskommission.

Die Nichteinhaltung der Formvorschriften bei der Durchführung von Lehrlingsklagen führt immer wieder zu Klageabweisungen, die bei der nötigen Vorsicht unserer Kameraden sehr wohl verhindert werden könnten. Sehr häufig wird noch die Ansicht vertreten, daß durch die Anrufung des Innungsausschusses die Anrufung der Schlichtungskommission für das Baugewerbe überflüssig werde. Daß dem nicht so ist, stellt sich dann in der Regel, nachdem es leider zu spät ist, bei der Prüfung der Formalitäten vor dem Arbeitsgericht heraus.

Unsere Kameraden müssen sich darüber klar werden, daß der Lehrvertrag nach dem heutigen Recht nicht mehr nur Lehrvertrag ist, sondern unter den Begriff des Arbeitsvertrages im Sinne des § 1 der Tarifvertragsordnung fällt. Die tarifliche Regelung des Lehrverhältnisses bringt es mit sich, daß auch bei Lehrlingsklagen der § 11 Ziffer 2 b unseres Reichstarifvertrages und damit der § 101 des Arbeitsgerichtsgesetzes Anwendung findet. Es ist deshalb in jedem Fall, vorausgesetzt, daß es sich um organisierte Unternehmer handelt, vor der Anrufung des Innungsausschusses die Schlichtungskommission für das Baugewerbe als Gütestelle anzurufen.

Dem hier zu behandelnden Streitfall liegt folgender Tatbestand zugrunde: „Die beiden Kläger waren beim Beschäftigten in der Lehre. Der Lehrvertrag lief bis zum 31. Oktober 1930. In der Zeit vom 8. September bis 18. Oktober 1930 hat der Beklagte sie nicht beschäftigt, weil er mangels Aufträgen keine Arbeit für sie hatte. Nachdem der Lehrlingsauschuß der Maurer- und Zimmererinnung am 15. Oktober 1930 den Entschädigungsanspruch der Kläger abgewiesen hatte, haben sie für die oben angegebene Zeit eine Entschädigung in Höhe ihres wöchentlichen Arbeitslohnes von 27,36 M eingeklagt mit dem Antrage: Den Beklagten zu verurteilen, an jeden der Kläger 164,16 M zu zahlen. Der Beklagte hat Klageabweisung beantragt und gleichzeitig die prozeßhindernde Einrede des nicht eingetragenen Güteverfahrens erhoben. Er beruft sich auf § 11 Ziffer 2 b des Reichstarifvertrages für das Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe. Die Kläger haben zugegeben, daß sie etwa vier Wochen vor Beendigung ihrer Lehrzeit, das wäre Anfang Oktober 1930, einem Verbands des obigen Tarifvertrages beigetreten sind.“

Entscheidungsgründe: Die Klage konnte keinen Erfolg haben, da die prozeßhindernde Einrede begründet ist. Auch der Lehrvertrag ist Arbeitsvertrag und unterfällt somit dem Reichstarif. Die Kläger mußten somit zunächst die Schlichtungskommission als Gütestelle anrufen. Da dies unstreitig nicht geschah, so waren sie mit der Klage abzuweisen, ohne daß es eines Eingehens nach der materiellen Seite hin bedurfte.

Politische Wochenchau

Der Sozialetat im Reichstag — Sanktionssteuer für Aufsichtsratsmitglieder — Die Einsprüche des Reichsrates — „Ins Dritte Reich“ freigegeben

Die Beratungen über den Etat des Reichsarbeitsministeriums im Reichstag sind schon bis zur zweiten Lesung vorgeschritten. Der Berichterstatter, Abgeordneter Aufhäuser (SPD.), verwies darauf, daß bei 5 Millionen Erwerbslosen und einer großen Anzahl von Kurzarbeitern ein Verlust von insgesamt 9 Milliarden Arbeitsstunden und ein Ausfall an Kaufkraft von rund 6 Milliarden Mark eingetreten sei. Die Erwerbslosen- und Lohnfrage ist daher das Zentralproblem. Die Sozialversicherung wird nur zum kleinsten Teil aus Reichsmitteln getragen, die Kranken-, Invaliden- und Knappschaftsversicherung sowie die Unfall- und Angestelltenversicherung hatten 1930 einen Gesamtaufwand von 4537 Millionen Mark, wovon das Reich nur 493 Millionen Mark Zuschüsse geleistet hat. Eine weitere Beschränkung der Reichshilfe mußte den Leistungsabbau zur Folge haben. Die über die Regierungsvorlage hinausgehende Streichung von weiteren 5 Millionen Mark im Versorgungswesen, wie sie der Reichsrat vorgenommen hat, müsse zur Vernachlässigung sozialer Aufgaben führen. Der Berichterstatter gab zu bedenken, daß noch zu versorgen sind: 893 000 Kriegsbefähigte, 380 000 Witwen, 620 000 Waisen, 365 000 Eltern, 55 000 Offiziere und Offiziershinterbliebene. Eine Auflösung der selbständigen Versorgungsbehörde ist also unmöglich. Aufhäuser begründete alsdann die folgenden

vom Haushaltsausschuß angenommenen Entschlüssen: 1. Befreiung der Familienmitglieder von Erwerbslosen von der Arznei- und Krankeneingebühr. 2. Einführung der 40-Stunden-Woche. 3. Schaffung des Melde- und Benutzungszwangs in der Arbeitsvermittlung. 4. Verbesserter Jugendschutz durch Verkürzung der Arbeitszeit, Schaffung des gesetzlichen Urlaubs. 5. Gesetzliche Regelung des Angestelltenrechts dahingehend, daß die Kürzung der Monatsgehälter durch Einführung von Kurzarbeit verhindert wird. 6. Zusammenlegung der Krisenfürsorge und der gemeindlichen Erwerbslosenwohlfahrt zu einer einheitlichen Reichsarbeitslosenfürsorge. Minister Stegerwald, der ebenfalls in die Debatte eingriff, betonte, daß in einer Zeit von 5 000 000 Arbeitslosen und einigen Millionen Kurzarbeitern die Stundenlöhne der Arbeitenden nicht maßgebend sind, sondern nur der Jahresarbeitsverdienst. Es ist unlogisch von den Unternehmern, wenn sie Lohnfreiheit verlangen und selbst aber durch Kartelle und Erbsitz die Preise binden. Was die immer mehr umstrittene Arbeitszeitverkürzung anlangt, so betonte der Minister nochmals, daß die Regierung, falls ein durchgreifender Erfolg den freiwilligen Bemühungen um eine wesentliche Verminderung des Arbeitslosenheeres nicht beschieden ist, gesetzgeberische Vorschriften über Arbeitsstreckung durch Arbeitszeitverkürzung erlassen muß. Der Arbeitslosenfrage ist nur in Verbindung mit der Gesamtfinanzierung entscheidend beizukommen. Wenn sich die Beschaffung einer Anleihe von 1 bis 1½ Milliarden zu erträglichem Zinsfuß ermöglichen ließe, dann könnte schon morgen ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgelegt werden, durch das 300 000 bis 400 000 Menschen beschäftigt werden könnten. Aber die Beschaffung solcher notwendigen langfristigen Kredite ist in der Hauptsache eine Vertrauensfrage. Grafmann (SPD.) wies in längeren Ausführungen auf die unbedingte Erhaltung des Reallohnes hin. Mit der Forderung der Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 40 Stunden in der Woche haben die Gewerkschaften ein Beispiel gegeben, das überall anerkannt werden sollte. Die 40-Stunden-Woche markiert. Entsprechende Anträge der SPD. sind im Haushaltsausschuß angenommen worden. Wenn im vorigen Herbst die 40-Stunden-Woche als eine Notmaßnahme gedacht war, so ist sie heute eine unabwiesbare Notwendigkeit, und zwar für die Dauer. Die technische Apparatur ist in der ganzen Welt so leistungsfähig, daß der Achtstundentag heute weit überholt ist. Die Beratungen dauern noch an. Der sozialdemokratische Antrag über gewerbsmäßige Stellenvermittlung, der im Gegensatz zur Ausschussvorlage die sofortige Schließung aller gewerbsmäßigen Stellenvermittlungsbetriebe gegen Entschädigung verlangt, wurde im Himmelsprung mit 166 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 147 Stimmen aller übrigen Parteien angenommen.

Im Steuerauschuß des Reichstages wurden mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Staatspartei, der Wirtschaftspartei und des Landvolks, bei Stimmenenthaltung des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Christlichsozialen die sozialdemokratischen Anträge auf Sanktionssteuer für Aufsichtsratsmitglieder und auch eine Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer in den Rechnungsjahren 1930/31 von 5 auf 10 % bei Einkommen von mehr als 20 000 M jährlich angenommen.

Der Reichsrat hat Einspruch erhoben gegen die vom Reichstag beschlossene Novelle zum Brotgesetz und gegen das vom Reichstag angenommene sozialdemokratische Initiativgesetz, das wieder ein zollfreies Gefrierfleischkontingent einführen wollte. Den Einspruch gegen das Gefrierfleischkontingent begründete der thüringische Gesandte Dr. Münzel. Der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer schloß sich diesem Einspruch an, ebenso der Vertreter von Lippe. Dagegen erklärten sich Staatssekretär Dr. Weismann für Preußen, sowie ferner die Vertreter von Hamburg, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck gegen den Einspruch, während der Vertreter Hessens sich der Stimme enthielt. Der Einspruch des Reichsrates gegen die beiden Gesetze kann nur beseitigt werden, wenn der Reichstag seinen Beschluß mit Zweidrittelmehrheit wiederholt. Leider sind die Aussichten hierfür sehr schlecht.

Die Filmoberprüfstelle hat den sozialdemokratischen Werbefilm „Ins Dritte Reich“, der seinerzeit von der Filmprüfstelle verboten worden war, zur Vorführung freigegeben. Der Film wird freigegeben auch für Jugendliche. Jedoch verlangt die Oberfilmprüfstelle (außer den bereits vorgenommenen) noch eine Reihe weiterer Streichungen, die tatsächlich nur noch einen Rest von dem Film übriglassen, wodurch die Spielhandlung fast unverständlich wird. Beseitigt werden muß nach der Forderung der Oberfilmprüfstelle die Illustration des berühmten Wortes vom „Röppe-Rollen“, bei der ein aus Weiden zusammengefügtes Sakentkrenz durch rotierende Bewegung Röppe abschlägt. Die Beile — sagte der Vorsitzende — seien Faschistenbeile — Beileidigung Italiens! Noch eine Reihe weiterer Beseitigungen müssen vorgenommen werden. Die vorgenommenen Beseitigungen des Films dürften wohl den Gipfel aller bisher vorgenommenen Zensurleistungen darstellen.

Briefkasten der Redaktion

Alter Kamerad. Seit der zwölften Generalversammlung, die vom 20. bis 24. April 1897 in Halberstadt tagte, bezeichnet sich der Verband mit seinem noch gültigen Namen. Kamerad August Bringmann starb am 27. November 1920 und Kamerad Fritz Schrader am 15. Juli 1921.

Solingen, E. R. Nach dem Gesetz über Schusswaffen und Munition vom 12. April 1928 darf an Personen unter 20 Jahren kein Waffen- und Munitionserwerbsein

ausgestellt werden. Erziehungsberechtigte, die vorläufig oder fahrlässig an oben Bezeichnete Schusswaffen leihen, feilhalten oder überlassen, werden nach den Vorschriften dieses Gesetzes mit Gefängnis bestraft.

Erfurt, R. L. Nach dem Gesetz über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921 steht nach Vollendung des 14. Lebensjahres jedem Kind die Entscheidung darüber zu, zu welchem religiösen Bekenntnis es sich halten will. Hat das Kind das zwölfte Lebensjahr vollendet, so kann es nicht gegen seinen Willen in einem andern Bekenntnis als bisher erzogen werden. Dagegen ist das Kind nur zu hören, wenn es das zehnte Jahr vollendet hat.

Ein Volkswirtschaftler 8. Rugen (böhmisches: kufus = ein Bissen, ein Stück) sind die Anteile an einem Bergwerk. Ein Rug ist gewöhnlich der 100. (früher der 128.) Teil einer Zeche oder der einer Gewerkschaft (Bergbauunternehmung). Die Ruge lauten auf den Namen des Besitzers, und letzterer haftet mit seinem ganzen Vermögen für die ihm aus dem Rug erwachsenden Verbindlichkeiten.

Literarisches

Adam Kemmle, M. d. R.: Die Futtertruppe, eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Preis 30 S. Verlag F. S. W. Dieß Nachf., G. m. b. H., Berlin. Adam Kemmle steht sich in dieser vorzüglichen Aufklärungsschrift speziell mit der Stellung des Nationalsozialismus zu den Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten auseinander. Er deckt die Absicht der Sakentkreuzer auf, den Zutritt zur Beamtenlaufbahn wiederum zum Privileg bevorzugter Gruppen zu machen; er legt überzeugend dar, welche Aussichten dem Gros der Beamten blühen, wenn die reaktionären Absichten des Nationalsozialismus verwirklicht werden sollten. Für jeden Beamten, gleichviel welcher Stellung, aber auch für jeden politisch Interessierten ist die Schrift Adam Kemmles von höchstem Wert.

Die Frau im Dritten Reich. Der Titel einer neuen Broschüre von Dr. W. Hoegner, M. d. R., ein Titel, der viel verspricht. Viel Aufklärung und viel Entlarbung. Aber das Versprechen wird auch gehalten, denn der Verfasser verfährt es in musterhafter Weise, nicht nur die Pflichten der Nationalsozialisten über die Stellung der Frau im Dritten Reich in ihrer ganzen Schöbheit aufzudecken, sondern er weiß vor allem denjenigen unter den Frauen, die nicht erkannt haben, was in der Nachkriegszeit für sie erungen wurde und die in Gefahr sind, sich von den Pfaffen der Hitler, Goebbels und Konfessionen einfangen zu lassen. Diesen Frauen weiß Hoegner deutlich zu machen, was sie im Lager der Nazis erwartet, daß ihnen keinerlei Mitbestimmungsrecht bleibt, sondern sie sich in das schlimmste Untertanenverhältnis dem Manne gegenüber begeben. Aber abgesehen von diesem durchaus aufklärenden Wert der Broschüre bringt sie auch allen andern Frauen, insbesondere den Funktionärinnen, ein unendlich wertvolles Material im Kampfe gegen die Nazis. Der Verlag F. S. W. Dieß Nachfolger brachte die 16 Seiten starke Broschüre dankenswerterweise zum niedrigen Preise von 20 S. heraus.

Brechen die Nazis die Zinsfestschick? Nein, natürlich können und wollen die Sakentkreuzer die Zinsfestschick nicht brechen. Aber es ist nötig, den Nazis und ihren Nachlästern das Zügelhafte ihrer Agitation nach zu weisen. Das erfüllt in vollstündiger Weise und trotzdem wissenschaftlicher Echtheit die neue Broschüre der Sozialdemokratie „Nazis und Zinsfestschick“. Was würde eine Zwangsbesetzung der Zinsfrage, wie sie die Nazis beantragen, bedeuten? Welche Wirkung hätte diese Regulierung auf die Auslandsanleihen? Wie urteilen die Kapitalisten über das Demagogentum der Nazis? Die kleine, 20 Seiten starke Schrift gibt präzise Antwort auf diese Fragen und enthält die auswechselbaren „Prinzipien“ der Nazis recht drastisch. Diese wirksame Waffe kostet 10 S. und ist in allen Volksbuchhandlungen, den Sekretariaten der SPD. und der Werbeabteilung, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu haben.

Vom Preisabbau nicht reden, sondern handeln! Es ist allgemeine Ueberzeugung, daß jeder Preisabbau nur dann seine volle Wirkung entfalten kann, wenn er dem Publikum Gewähr für die Erreichung eines endgültigen niedrigeren Preises bietet. Jedes schrittweise Nachgeben, mag es noch so in den Verhältnissen bedingt sein, kann mehr Schaden als Nutzen: es reizt zum Warten auf die nächste Verbilligung. Einer der führenden wissenschaftlichen Verleger Deutschlands, Justus Perthes in Gotha, hat das richtig erkannt, wenn er sein berühmtes Verlagswerk, die Summeryausgabe von Stieler's Handatlas, jetzt radikal verbilligt. Der „Stieler“ kostet nun in seiner einfachsten Ausgabe 48 M. im November noch fast 100 M. mehr. Der Buchhändler klagt, daß für noch so wertvolle Werke oberhalb einer Preisgrenze von 70 M. bis 80 M. überhaupt kein Markt mehr vorhanden ist. Er wie das ganze geistig interessierte Publikum wird dem Verlage für seinen Schritt dankbar sein, der eines der erstrebenswerten Werte, einen vorzüglichen Atlas, für viele in den Kreis der erschaffbaren Wünsche rückt. Trotz dieses Preisabbaues hat der Verlag — auch hierin richtig handelnd — von einer aktiveren oder im Druck vereinfachten „Volksausgabe“ abgesehen: auch der verbilligte Stieler zeigt jene bekannte, durch Kupferstich und vielfarbigen Steindruck bedingte Qualität, die ihn wohl an die Spitze aller Atlanten der Welt stellt.

Sterbetafel.

Berlin. Am 4. März starb unser Kamerad **Walter Sperhake** im Alter von 21 Jahren an einer Kopfverletzung.

Danzig. Am 7. März starb unser Kamerad **Johann Bastian** im Alter von 72 Jahren an Altersschwäche.

Gießen. Am 9. März starb unser Kamerad **Traugott Pink** im Alter von 53 Jahren.

Greiz. Am 10. März starb unser Kamerad **Bruno Schütz** im Alter von 57 Jahren.

Hannover. Am 26. Februar starb unser Kamerad **Peter Müller** im Alter von 59 Jahren an Herzmuskellähmung.

Jena. Am 2. März starb unser Kamerad **Erich Nöckel** im Alter von 25 Jahren.

Königsberg i. Pr. Am 23. Februar starb unser Kamerad **Louis Hindersin** im Alter von 76 Jahren an Altersschwäche.

Mechenburg. Am 22. Februar starb unser Kamerad **Hermann Brubach** im Alter von 51 Jahren an Magenkrebs.

München. Am 7. Februar starb unser Kamerad **Max Aigner** im Alter von 53 Jahren an Lungentuberkulose.

Potsdam. Am 4. März starb unser Kamerad **Karl Müller** im Alter von 69 Jahren an Kehlkopfkrampf.

Röbel in Mecklenburg. Am 23. Februar starb unser Kamerad **Ferdinand Wichmann** im Alter von 61 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!